

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 2,40 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Postzettel oder deren Raum 6,00 Mk., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 5,00 Mk., Reklamen 30,00 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 154.

Mittwoch, den 5. Juli 1922.

29. Jahrgang.

Der Tag der Republik.

40 000 Republikaner grüßen schwarz-rot-gold — treten ein für die Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen.

Dr. L. Lübeck, 5. Juli.

Die zweite Demonstration in acht Tagen! Und welcher Erfolg! Wenn viele glaubten, daß der vorige Dienstag den höchsten Kraftaufwand des Lübecker Proletariats gezeigt habe, so wurden sie gestern eines besseren belehrt. Neue Massen stießen zu den republikanischen Bataillonen der ersten Demonstration. Zehntausend Frauen gingen diesmal in dem Zuge mit. Endlos zogen die Züge vorbei; ernst, würdig, entschlossen; 40 000 Männer und Frauen — zwei Drittel der gesamten erwachsenen Bevölkerung der Stadt — hatten sich am alten Bahndamm unter den schwarz-rot-goldenen und den roten Bannern versammelt, um der deutschen Republik ihren Treuschwur zu weihen.

In langer Reihe standen die Sprecher. Schärfer noch als das vorige Mal geißelten sie die Reaktion und die bisherige Lausheit aller republikanischen Regierungen. Immer wieder klang der Ruf durch ihre wuchtig anklagenden Worte: Jetzt ist die Zeit zur Tat. Die Forderungen an das Reich, und mehr noch an die Lübsche Regierung, fanden den jubelnden Beifall der Massen. Einstimmig wurden sie nicht nur angenommen — einstimmig gestimmte auch der Schwur zum Himmel: Von jetzt an gehört der Republik all unsere Kraft, unser Leib und Leben, bis zum Endziele!

Wer in die leuchtenden Augen der Zehntausende geblickt hat, für den werden das unvergeßliche Stunden bleiben, dessen Herz schlug hoch empor in dem festen Gelöbde, für die darbenenden Millionen sein Leben lang zu kämpfen, zu siegen oder zu fallen. Lieber tot als unfrei!

„Wohlan, wer Recht und Freiheit achtet, zu unsrer Fahne steht zu Hauf! Wenn auch die Lüg' uns noch umnachtet, bald steigt der Morgen hell herauf!“ Dumpfer Trommelwirbel leitete die Arbeitermarschallie, das alte Sturmlied der Massen, ein! Langsam ordnete sich der Zug; unter immer neuen Revolutionsmärschen führten die Trommler und Pfeifer des 6. Bezirkes, voran der unermüdete Genosse Westphal, den Riesenzug durch die Straßen der Stadt. Noch nie sah Lübeck solchen Zug; noch nie auch solchen Ernst und solchen festen Willen in dem Gesicht des Volkes.

Auf der Parade und auf dem Klingenberg stauten sich die Massen. Unübersehbar stand Brust an Brust, Kopf an Kopf. Einige anfeuernde Worte noch und die Begeisterung der Proletarier kannte keine Grenzen mehr. Immer lautere Zurufe unterbrachen die Sprecher und schließlich brachen die Wogen des Massenrufs über dem Klingenberg zusammen — ein Schrei des Kampfesmutes vereinigte alle — alle. Ein Siegestag der Republik!

„Schon jubeln des Sieges Signale!
Empor! Der Tag dringt ein,
Die Internationale
Wird die Menschheit sein!“
Wir grüßen das Banner schwarz-rot-gold!
Es lebe die deutsche Republik!

Unter dem gewaltigen Eindruck der Kundgebung auf Freund und Feind begann um sechs Uhr die Sitzung der Bürgerschaft. Die Linke war beinahe vollständig anwesend; die Rechte zeigte große Lücken. Von der Kundgebung hatten Sozialdemokraten und Kommunisten kampfesentschlossene Gesichter mitgebracht. Wie auf frischer Tat ertappte Gewohnheitsdiebe sahen die Deutschnationalen in ihrer Ede, ihr schütternd schlechtes Gewissen hinter verlegenen Gesichtern oder höflichem Lächeln verbergend. Genau so wie ihre Brüder im Reichstag! In der Mitte des Hauses aber saßen die Halb- oder Unpolitischen: mit der einen Hand verurteilten sie den Reichsmord, mit der andern aber freichelten sie Vermitt-

lung und Versöhnung, auf daß ja um Gottes Willen alles beim Alten bleibe. Was haben denn eigentlich Hausbesitzer und Bürgerbund für einen parlamentarischen Zweck? Nur zur Belustigung des Hauses sind Volksvertreter doch wohl zu schade.

Der Wortführer eröffnete die Sitzung mit einem warmen Nachruf auf den ermordeten Reichsminister Rathenau. Dann sprach als Vertreter des Senats nicht etwa der Bürgermeister, sondern Senator Vermehren. Sein Gesicht hätte besser in die Reihen der Deutschnationalen gepaßt als hinter den republikanischen Senatstisch. Und dann die Rede! Er hopste von einem Bein auf das andere. Nur wußte man nicht, welches sich sozusagen auf dem Boden der republikanischen Tatsachen stellte, und welches auf dem Fundament monarchischer Tradition stehen blieb. Eine Glanzleistung in Schlangenwindungen — einerseits und andererseits. Von einer ausgeprägten Stellungnahme keine Spur! Bitte, der Senat ist unpolitisch! Und unpolitisch heißt bei diesen Herren immer treu traditionell. Was im Innern solch merkwürdiger Republikaner vorgeht, wäre sicher des kalten Gelächters eines Bernhard Shaw würdig. In einer Satire würde dieser ironische Ire wahrscheinlich im ersten Akt die „republikanischen“ Bücklinge vorführen, die der Sprecher des hohen Senats dem einstigen Prinzen Heinrich von Preußen und dem Großherzog a. D. von Oldenburg vor wenigen Tagen huldvollst darbrachte.

Politisch wurde die Debatte erst durch die Fraktionsredner. Der Genosse Haut eröffnete. Leicht heiser war noch seine Stimme von den Reden bei der Kundgebung; doch trug sie den Ernst der Lage würdig durch den Saal. Er zeichnete kurz und treffend unsere Lage und unsere Entschlossenheit und stellte die Forderungen der Arbeiterschaft auf. Für die Volkspartei stotterte mühsam Dr. Gebhard sein Gehehchen herunter, wie eine suchende Konfirmantin Bibelstellen im Examen. Wie immer spielten sich dann die Demokraten als Republikaner auf; wie immer aber hatten sie an den Arbeiterforderungen soviel Kleinigkeiten auszusehen, daß sie ihre rechte Spießbürgerschulter mit dem Mantel der Ablehnung behängen konnten. Und nachher wagte einer von ihnen von 1848 zu sprechen!

Endlich die Deutschnationalen. Dr. von Broden las eine Advokatenrede ab, wie man sie für einen längst überführten Verbrecher hält. Ueberzeugungslos, tastend, ein bißchen verlegen auch betete und bettelte er dem Haus allerlei vor. Noch nie hat er seine Brille so oft auf- und abgenommen wie gestern! Das Bewußtsein der Schuld, das schlechte Gewissen schauten hinter jedem seiner Worte hervor. Hätte der englirtnige Fanatismus dieser Monarchisten nicht die ungeheuerlichen Folgen auf die deutsche „gebildete“ Jugend ausgeübt, man könnte mit ihnen wahrhaftig Mitleid haben!

Damit war die Reihe der Fraktionsredner geschlossen. Genosse Leber eröffnete die Diskussion. Schärfer waren seine Worte als die der Wortredner; schärfer seine Angriffe und Anklagen gegen die Rechtsparteien, aber auch gegen den Senat. Beifall von den Tribünen brachte höhere Stimmung in den Saal. Bis zum Schluß trug diese Kampfesstimmung dann alle anderen Diskussionsredner. Der Gen. Dreger brachte und belegte neues Anlagematerial, unter dem Beifall des Hauses rief er der Rechten die Worte Wirths entgegen: So geht es nicht weiter!

Den Kommunisten blieb schließlich nicht mehr viel zu sagen. Sie hatten gestern keinen glücklichen Tag.

Die Sitzung sollte geschlossen werden, da nahm Kopf aufs neue das Wort zur Geschäftsordnung, verlangte die Entfernung der Bismarck- und Moltkebüsten, und schließlich umarmte er, unter dem Erstaunen des Hauses, den Bismarck und trug ihn in die Garderobe. Sein Parteifreund Rosen-

gaard bereitete Moltke dasselbe Schicksal. Im Vorzimmer fiel eine der schweren Büsten zu Boden, dabei wurde ihr Sockel leicht beschädigt.

Ein Mißklang kam durch diesen Vorfall in die ganze Stimmung; ein unnötiger Mißklang. Die Büsten hätten auf vernünftiger Weise entfernt werden können. Aber der eigentlich Schuldige ist auch in diesem Falle der Senat. Wehalb hat er diese Büsten nicht schon vor der Sitzung entfernt? Es wäre dies ein einfaches Erfordernis politischen Tactes gewesen. Aber offenbar hat auch in diesem Falle der Senat erwogen und derwogen, bis es zu spät war. Man kennt das!

Alles in allem! Auch die Sitzung der Bürgerschaft war eine machtvolle Kundgebung für die Republik. Hoffentlich ist auch den ältesten „Höpfen“ die Erkenntnis aufgedämmert, daß eine neue Zeit heraufzieht, und daß die alte Zeit endgültig am Boden liegt, ebenso verlassen und bald vergessen, wie die Büsten der beiden Monarchenpaladine in den Borräumen des Sitzungssaales.

Die Republik ist diese neue Zeit. Mit ihr ist das Volk!

* * *

Die Berliner Kundgebung.

Die gestrige Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft zum Schutze der Republik konnte sich mit den gewaltigen vorausgegangenen Demonstrationen in jeder Beziehung messen. Auch diesmal hatten diejenigen Unrecht, die die Veranstaltung in Anbetracht dessen, daß erst vor acht Tagen das Gros der Arbeiterschaft zum Protest aufgerufen wurde, pessimistisch betrachtet. Während bisher im Luftgarten inmitten zurzeit noch unstrittigen Eigentums, das die Hohenzollern beanspruchten, aufmarschiert wurde, ohne daß die Nordpatrioten von der Macht und dem Willen der Arbeiterschaft etwas sahen oder verspürten — ging es gestern zu den Bruchstätten aller reaktionären Mächenschaften, zu den Winkeln, in denen der Kapp-Putsch ausgeheckt wurde und die reaktionären Geheimorganisationen bei jeder Gelegenheit Geld und Unterschlupf finden. Vielleicht 600 000 Arbeiter, diszipliniert und trotz aller Vorkommnisse der letzten Zeit äußerst zurückhaltend, trafen durch wiederholte Kundgebungen in der Heimat der Nordpatrioten erkennen, daß sie nicht gewillt sind, sich erorbene Rechte mit dem Sturz der Republik nehmen zu lassen.

Das Ziel der gestrigen Kundgebung war die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche. Von allen Zugangstufen zu dem die Kirche umgebenden Platz marschierten die Arbeiterbataillone in stundenlangen Zügen auf. Neben roten Fahnen sah man mehr wie bei vergangenen Demonstrationen die schwarz-rot-goldenen Farben der Republik. In der Kirche hatten mehrere Pfaffkapellen Aufstellung genommen; Reden wurden nicht gehalten. Um 4 Uhr spielte eine der Kapellen die „Internationale“, die von sämtlichen Teilnehmern entblöhntes Hauptes mitgesungen werden mußte. Neugierige, die es nicht für notwendig hielten, ihre Kopfbedeckung während des Absingens der Internationale abzunehmen, wurden in gebührender Weise erinnert. Um 4 1/2 Uhr verließen die ersten Züge bereits wieder den Demonstrationsplatz, während noch um 4 1/2 Uhr von entfernten Bezirken große Demonstrationen eintrafen. Die Kundgebung verlief in vollster Harmonie, ohne jeden Zwischenfall.

In Berlin selbst ruhte bis 5 Uhr nachmittags der Verkehr auf der Hochbahn und der Straßenbahn. Auch die Omnibusse, wie die Droschken, hatten die Personenbeförderung eingestellt; sämtliche Kaffeehäuser und Wirtschaften mit Ausnahme einzelner Speisehäuser hatten geschlossen. Erst nach 5 Uhr begann wieder ein regelmäßiger Verkehr, und die Wirtschaften usw. wurden wieder geöffnet.

* * *

Auch aus dem übrigen Reiche liefen Nachrichten von machtvollen Kundgebungen ein. In allen deutschen Städten waren die gestrigen Demonstrationen noch großartiger als die des vorigen Dienstags. In fast allen Städten waren die gestrigen Demonstrationen für die Forderungen zur Sitzung der Republik die größten, die jemals stattfanden. Zu Ruheförderungen ist es nirgends gekommen. Die Debner sorgten überall für maßergültige Ordnung!

Reichstag.

243. Sitzung vom 4. Juli, mittags 1 Uhr.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik eingegangen ist.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei teilt die Regierung mit, daß die 19jährige Frida Gudes aus Döbeln am 11. Juni v. Js. durch einen Karoliner vergewaltigt und erzwängt wurde. Die Reichsregierung hat die strengste Bestrafung des ermittelten Mörders gefordert und sich vorbehalten, einen Antrag auf Entschädigung der Hinterbliebenen zu stellen. Außerdem nimmt sie das Verbrechen zum Anlaß, um erneut auf wirksamen Schutz der rheinischen Bevölkerung gegen die farbigen Besatzungen zu dringen.

Aus einer Antwort des Reichsfinanzministers auf eine deutsch-nationale Anfrage, in der die Abgrenzung der Steuerbezirke bemängelt wird, ist hervorzuheben, daß vor der nächsten Wahl der Steuerzahler-Mitglieder die Bestimmungen über die Bildung der Ausschüsse einer Nachprüfung unterzogen werden und daß dabei die Frage einer Verkleinerung der Steuerbezirke oder einer Vermehrung der Steuerzahler-Mitglieder erwogen werden solle.

Eine demokratische Anfrage weist auf den günstigen Abschluß der Eisenbahn-Privat-Eisenbahngesellschaft und die günstigen Erfahrungen dieser Gesellschaft mit der Einführung von Rückfahrkarten zu ermäßigten Preisen in der zweiten und dritten Wagenklasse hin.

Ein Vertreter der Eisenbahnverwaltung erwidert, daß diese Privatbahn keineswegs mit der Reichsbahn zu vergleichen ist und daß die Einführung von Rückfahrkarten zweiter und dritter Klasse zu ermäßigten Preisen keinen Vorteil für die Reisenden bedeuten würde, die vorwiegend die vierte Wagenklasse benutzen. Aus sozialpolitischen Gründen müßten diese Rückfahrkarten auch auf die vierte Klasse ausgedehnt werden, jedoch also einer Hemmung der Abwanderung in die vierte Klasse gar nicht eintreten werde.

Eine andere Anfrage der Deutschen Nationalen, die mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten alle Fraktionen unterstehen, wird dahin beantwortet, daß die Unterhaltung der Schnellbahn-Linien Swinemünde-Pillau und Swinemünde-Danzig wegen der großen Kosten eingestellt werden müßte. Das Schicksal nach einem solchen Schnellverkehr habe sich infolge der dauernden Verbesserung des Eisenbahnverkehrs nach Ostpreußen sehr verringert.

Es folgt dann die Beratung des deutsch-russischen Vertrages von Rapallo, dessen Annahme der Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses, Abg. Dr. Braun-Granten, empfiehlt.

Abg. Stöcker (Komm.) geht auf die Geschichte und den Inhalt des Vertrages ein und wundert sich darüber, daß es keine Partei für nötig hält, im Plenum zu diesem Vertrage Stellung zu nehmen. Die Arbeiterschaft müsse dem Vertrag Leben und Inhalt geben; denn die Regierung solle hin und her, wenn sie nicht von großen wirtschaftlichen Mängeln getrieben würde.

Der Vertrag wird darauf gegen einige Stimmen der Deutschen Nationalen und eines Teiles der Kommunisten in zweiter und sofort auch in dritter Beratung genehmigt.

Dann legt das Haus die zweite Beratung des Entwurfs eines

Arbeitsnachweis-Gesetzes

mit der Abänderung über den § 1 fort. Er wird in folgender Fassung angenommen:

Arbeitsnachweisämter sind die öffentlichen Arbeitsnachweise, die Landesämter für Arbeitsvermittlung, das Reichsamt für Arbeitsvermittlung.

Die §§ 2 bis 6 werden in der Fassung angenommen, ebenso der § 7, zu dem Abg. Raßan (Komm.) beantragt, daß die Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise nicht aus je drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern, wie die Vorlage es vorsieht, sondern aus je sechs Arbeitgebern gebildet werden. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Bei § 8 wird ein Antrag Aufhäuser (USP.) angenommen, wonach über die Nichtzulassung einer Vorläufige der Verwaltungsausschüsse — und nicht die Gemeindebehörden nach Anhörung des Verwaltungsausschusses — entscheiden soll.

Die §§ 10, 11 und 12 bleiben unverändert, während zu § 12 ein sozialdemokratischer Änderungsantrag Annahme findet, wonach die Angehörigen des Arbeitsnachweises durch privatrechtlichen Dienstvertrag anzustellen sind und von der Anstellung auf Privatdienstvertrag mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses abgewiesen werden kann.

Die §§ 14 bis 25 werden in der Fassung angenommen. Beim § 26, der den Aufgabenkreis des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung begrenzt, bleibt das Ergebnis der Abstimmung über einen Antrag Aufhäuser, dem Reichsamt auch die Organisation der Arbeitsvermittlung zu übertragen, zweifelhaft. Die endgültige Entscheidung wird ausgesetzt. Die §§ 27 bis 42 bleiben in der Fassung angenommen. Zu § 43 beantragt Raßan, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise Vermittlungen für bestimmte Betriebe nicht vornehmen dürfen. Das wird abgelehnt und entsprechend der Fassung angenommen, daß der Arbeitsnachweis die Vermittlung für bestimmte Betriebe nur vornehmen darf, wenn er vorher den um die Vermittlung Nachsichenden die Lage mitgeteilt hat.

Abg. Siebel (Esp.) befürwortet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierungsvorlage wieder zurückzuziehen, wonach die noch bestehenden, nicht-gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise innerhalb zwei Jahren in Zustellungen des allgemeinen Arbeitsnachweises überzuführen sind. Die politische Gesamtverantwortung zwischen einem großen Teil des Unternehmens und dem deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband zitiert ist, daß dieser Verband einen großen Teil der freien Stellen bezieht und dadurch zu einer Ausschüttung und Nachregelung für diejenigen wird, die nicht die Gesamtverantwortung des Verbandes teilen. Durch die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise soll dieser Zustand beseitigt werden.

Die Änderungsanträge werden abgelehnt und § 45 in der Fassung angenommen, wonach die bestehenden nicht-gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise erhalten bleiben, sich aber der Aufsicht der Landesämter oder des Reichsamtes zu unterwerfen haben. Die §§ 47 bis 49 werden in der Fassung angenommen. Der Termin des Inkrafttretens wird in der dritten Lesung festgesetzt werden. Auf Antrag Siebel (USP.) wird die dritte Lesung vertagt, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu den beschriebenen Vorberungen Stellung nehmen zu können. — Nach der Einbringung der mündlichen Berichte der Ausschüsse für Beamtenangelegenheiten und Wahlenangelegenheiten wurde die dritte Beratung des Gesetzes zur Ausübung des Art. 18 der Reichsverfassung bis auf die Schlußabstimmung befristet.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Fortsetzung zum Schutze der Republik und Annahmevertrag; Interpellation über Selbstregulierung; antirepublikanische Kundgebungen von Angehörigen der Komor. etc.) Schluß 5 Uhr.

England zum Rathenaumord.

Ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Republik.

London, 3. Juli.

Daily Telegraph schreibt in einem Leitartikel, es sei jetzt klar, daß die Ermordung Dr. Rathenaus einen Wendepunkt in der Geschichte der Deutschen Republik bedeute. Dr. Wirth und seine Kollegen seien anscheinend entschlossen, ihre ganze Energie der Ausrottung einer politischen Gefahr zu widmen, die nicht nur sie selbst bedrohe, sondern das gesamte System, dessen offizielle Befürworter sie seien. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß sie bei diesem Bemühen auf Sympathie jeder friedens- und ordnungsliebenden Nation in Europa Anspruch haben. Der Erfolg der Aktion in Deutschland würde eine internationale Lage schaffen, die weit verzwickelter wäre, als alle, vor denen Europa seit Beendigung des Krieges gestanden habe.

„Mörner“ schreibt in einem Leitartikel, in dem das Blatt den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund befürwortet, die Ermordung Rathenaus habe für Europa das getan, was die Ermordung Wilsons für Irland getan habe. Sie habe den bestehenden Pflichten entsagt. Die Deutsche Regierung habe erkannt, daß sie nicht hoffen könne, im Ausland Gehör zu finden, wenn sie im eigenen Lande keine Autorität habe. Eine energische Aktion sei endlich unternommen worden, um eine Verschwörung zu unterdrücken, die — wie sie sich auch immer nennen möge — in Wirklichkeit Anarchie sei. Die Öffentlichkeit in Deutschland habe sich mannhaft um das republikanische Regime gekämpft. Die Außenwelt habe jedoch auch ihre Pflichten. Keine Regierung, und am wenigsten eine eingedrungene, könne Bestand haben, wenn sie denkwürdig auf Ablehnung stoße. Die deutsche Republik habe sich die Aufgabe gestellt, für Deutschland den ihm zustehenden Platz an der Sonne zurückzugewinnen. Dieselbe öffentliche Meinung in Deutschland, die jetzt die Republik aufrechterhalte, sei ehrlich bestrebt, für die Wiederherstellung Europas zu arbeiten.

Der Anschlag auf Harden.

Im Gegensatz zu der Ermordung Rathenaus, die der deutschen Republik einen ihrer tüchtigsten Führer entriß, erscheint der Anschlag auf Maximilian Harden als politisch nahezu sinnlos. Harden ist kein Repräsentant der Republik, kein Vertreter der Regierungspolitik, keine im Vordergrund des Kampfes stehende Persönlichkeit. Seine „Zukunft“, einst eine vielgelesene Zeitschrift, hatte an Verbreitung und Einfluß fast alles verloren, und man würde vielleicht überhaupt keinen Anlaß mehr gefunden haben, sich mit ihrem Herausgeber zu beschäftigen, wenn er nicht durch das Attentat, das am Montagabend auf ihn verübt wurde, in den Vordergrund gerückt worden wäre.

Harden hatte in jüngeren Jahren einen mutigen Kampf gegen das persönliche Regiment geführt. In diesem Kampf kam er immer mehr dazu, sich der Argumente der alldeutschen Kriegstreiber zu bedienen, und bei Kriegsbeginn gebürdete er sich ganz als nationalitätlicher Heißsporn und leidenschaftlicher Ueberanexionist. Später kam ihm die Erkenntnis, daß die alldeutschen Kriegsziele unerreichbar seien, und mit einem jähen Ruck wandelte er sich zu einem begeisterten Fürsprecher des Präsidenten Wilson. Dadurch wurde die Aufmerksamkeit Amerikas auf ihn gelenkt, wo er noch heute als vornehmer Repräsentant der deutschen Publizität gilt. In Amerika wird daher der auf ihn verübte Anschlag großes Aufsehen erregen und der deutschen Sache sehr schaden.

Nach der Revolution schwankte Harden unentschieden hin und her, bis er sich zu einem entschiedenen Gegner der Republik und ihrer Führer entwickelte. Neben Rathenau, der früher sein Freund und Mitarbeiter war, schrieb er nach dessen Tode einen gefälligen Artikel. Auch sonst konnte er sich an Ausdrücken der Verachtung gegenüber den leitenden Privatmännern, wie Ebert und Wirth, gar nicht genug tun. Seine Kritik blieb dabei ganz negativ, ein positives Ziel war nicht zu erkennen.

Für die Deutschpolitischen war Harden also eher ein Bundesgenosse als ein Gegner. Man stünde bei dem Attentat, das auf ihn verübt wurde, geradezu vor einem Rätsel, wenn Harden nicht Jude wäre. Man erinnert sich in diesem Zusammenhang an die aufgelegte Hamburger Verschwörung, deren Ziel es war, ein Duzend der im öffentlichen Leben stehenden Juden zu ermorden.

Auch im Fall Harden handelt es sich nicht um die Tat einzelner Individuen, sondern um ein Komplott, in das zahlreiche Leute verwickelt sind. Die politische Idee dieser Leute bezieht sich offenbar auf die Absicht, möglichst viel Juden totzuschlagen. Von russischen Bolschewikern sind wir verschont geblieben, aber die „Schwarzen Hundert“ der Jarenzeit treiben bei uns ihr Unwesen, und ihr ganzes Programm ist der Pogrom. Es handelt sich um eine jener Erscheinungen, für die ein deutscher Dichter das Wort geprägt hat: „Von Humanität und Nationalität zur Sozialität!“

Zu dem Ueberfall auf Harden erfahren wir noch, daß der festgenommene Reichard nicht der eigentliche Täter ist, sondern die Aufgabe hatte, den Attentäter zu decken. Reichard ist nicht geboren ein Döner, auch nicht in Berlin ansässig, sondern vor wenigen Wochen unangemeldet zugewandert. Er war früher Offizier widmete sich später dem Kaufmannsberuf und gehörte dem jetzt aufgelösten Verband nationaler Soldaten an. Der Anschlag ist zweifellos auf ein Komplott zurückzuführen.

Die neue Linke der USP.

SPD. Berlin, 4. Juli (Eigener Drahtbericht.)

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratie erließ am 2. Juli einen Aufruf „An die Partei“, in dem der Wunsch des Reichsausschusses zum Eintritt in das Kabinett Wirth abgelehnt wird. In dem Aufruf heißt es unter anderem: „Die militärisch-monoarchische Reaktion liegt auf der Lauer, die politische Rechte zu erretzen, die Republik zu vernichten und die Arbeiter in Deutschland niederzuschlagen. Die Pläne der Reaktion sind von langer Hand vorbereitet. Vergeblich waren die Warnungen und Mahnungen der Unabhängigen

Sozialdemokratie. Der Mord an Rathenau hat erst die breiteste Öffentlichkeit aufgeschreckt und allen den ganzen Ernst der Stunde klargemacht.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten bildeten sofort eine geschlossene Front gegen die Reaktion.

Die sozialistischen Parteien und die freien Gewerkschaftsorganisationen sind entschlossen, das nur irgend erreichbare Maximum an Einigkeit des Proletariats zu verwirklichen. Selbst in den linksbürgerlichen Kreisen hat man jetzt endlich eingesehen, daß erste Maßnahmen gegen die Reaktion rasch durchgeführt werden müssen.

Ein Gesetz zum Schutze der Republik soll die Grundlage schaffen zur Niederhaltung der Reaktion und zur Sicherung der Lebensinteressen der arbeitenden Massen. Diese Maßnahmen können wirksam nur dann durchgeführt werden, wenn die Verfügungsgewalt über die Staatsgewalt in den Händen entschlossener Republikaner liegt.

In dieser Situation erfordert es die Einheit des Proletariats, daß auch die Unabhängigen Sozialdemokratie bereit ist, unter bestimmten Voraussetzungen in die Reichsregierung einzutreten und damit die Exekutive mit in die Hand zu nehmen.

Der eventuelle Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratie in die Reichsregierung wäre ein außergewöhnlicher Schritt in einer außergewöhnlichen Situation.

Die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie ist auch bei dieser ersten Entscheidung bestimmt durch die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung, denn die Republik ist der Boden, auf dem am besten der Kampf für die Ziele des Proletariats und um den Sieg des Sozialismus ausgetragen werden kann.“

Die angekündigten Verhandlungen über die Erweiterung der Reichsregierung nach links mit den bürgerlichen Parteien konnten infolge fortgesetzter Besprechungen zwischen Gewerkschaften und sozialistischen Parteien am Dienstag nicht stattfinden. Die Besprechungen werden jedoch bestimmt am Mittwoch aufgenommen werden. Da ein umfangreicher Fragenkomplex zur Debatte steht, ist mit einer Entscheidung der Angelegenheit am Mittwoch nicht zu rechnen.

Große Waffensunde im Vogtlande.

Plauen, 4. Juli (Eig. Drahtb.).

Am Sonntag nachmittag fanden dabei Kinder an einem Steige bei Markneukirchen im Vogtlande an einem Baum einen gekniften Sack. Als sie der Sache nachgingen, fanden sie im Boden vergraben eine Kiste mit 42 vollständig neuen Armeerevolvern sowie 1400 Patronen. Allem Anschein nach sind die Waffen erst in den letzten Tagen dort vergraben worden. Die Waffen wurden von der Gendarmerie beschlagnahmt. Markneukirchen ist der Hauptsitz der Ortschaften im Vogtland.

Bombenanschlag auf das Mannheimer Volkshaus.

Mannheim, 4. Juli (Eig. Drahtb.).

Gestern abend kurz nach 10 Uhr wurde das Mannheimer Volkshaus durch einen Bombenanschlag schwer beschädigt. Schutzmacher und Schneider hielten dort gerade ihre Sachverhandlungen ab. Im übrigen war das Gebäude, abgesehen von der Wirtsfamilie, menschenleer. Der Explosion ging ein furchtbarer Schlag voraus; die Insassen der Restaurationsräume konnten noch auf die Straße flüchten. Ernstere Verletzungen sind glücklicherweise nicht vorgekommen. Im Innern des Gebäudes sieht es ungefähr wie die beim Oppauer Unglück am schwersten betroffenen Häuser aus. Die drei Hofseiten des Volkshauses weisen keine einzige ganz gebliebene Fensterscheibe auf. Alles in der Luftdruckweite ist zertrümmert. Nur die Steinwände sind noch geblieben. — Die Täter sind noch nicht ermittelt, einige Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Leoprechting zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

München, 4. Juli 1922. (Eig. Drahtbericht.)

Der Hochverratsprozeß Leoprechting nahm gestern in den späten Abendstunden einen überraschenden Ausgang. Das Volksgericht München ging über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte Leoprechting zu lebenslänglichem Zuchthaus und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Leoprechting war zweifellos ein nichtswürdiger Verräter, der es nicht verdient, in Schutz genommen zu werden. Trotzdem muß die außergewöhnlich Eile ausfallen, mit der das Gericht den Prozeß zu Ende führte, um der bayerischen Regierung die Möglichkeit zu geben, die großen Geste zu verschaffen: „Was sind wir doch für reichstreue Bürger der deutschen Republik! Darüber wollen wir uns nicht täuschen; die unbedeutende Persönlichkeit des Leoprechting konnte nur auf dem Boden des Rührigen Systems groß werden. Seine Umtriebe wären vornehmlich unmaßig gewesen in einem Lande, das rückhaltlos auf dem Boden der Weimarer Verfassung steht. Das Zuchthausurteil an Leoprechting hat seine tieferen Gründe zweifellos in dem von Kahr, Dr. Heim und anderen geschaffenen Atmosphäre. Die eifrigsten Väter der „vorübergehenden Trennung Bayern vom Reich“ sind jene Männer, welche dem „Rheinbundgebanken in aller Öffentlichkeit diskutierten und nicht der schwachsinntigen Barone, der dafür ins Zuchthaus geht.“

Der Berliner Buchdruckerstreik geht in bisherigen Umfang weiter. Zurzeit bestehen noch keine Aussichten auf eine Verständigung. Am Mittwoch vormittag tagt die Berliner Gewerkschaftskommission mit den Bezirksvorständen der sozialistischen Parteien, um die Streitangelegenheit zu besprechen. Gleichgesetzt findet eine außerordentliche Generalsammlung der Buchdrucker statt.

Poincaré über die Kriegsschuld.

Paris, 3. Juli.

Auf einem Festmahl des republikanischen Ausschusses für Handel, Industrie und Landwirtschaft, des sogenannten Komitees Mascaraud, hielt Poincaré gestern eine Rede über die innere und äußere Politik der französischen Regierung. Er ging von den Ereignissen auf dem Balkan im Jahre 1912 aus und sagte, Frankreich habe damals in täglicher Zusammenarbeit mit Deutschland und Österreich dafür Sorge getragen, daß der Gedanke der europäischen Solidarität aufrechterhalten würde. Im Juni 1914 habe das Attentat von Sarajewo der Geduld und Rastlosigkeit ein jähes Ende bereitet, und der seit 1912 mißfällig niedergehaltene Kriegsgeist in den Mittelmächten sei mit unüberwindlicher Stärke zum Ausbruch gekommen. Als er, Poincaré, Präsident der Republik geworden sei, habe er zweifellos die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit für die Handlungsweise der Regierung nicht mehr gehabt. Aber zwischen den Ministern und ihm habe nicht die geringste Meinungsverschiedenheit über die Außenpolitik bestanden. Er habe nie ein Wort gesagt oder geschrieben, das nicht von ihnen gebilligt worden sei, und sie hätten in ihren Bemühungen um den Frieden stets im vollen Einverständnis mit ihm gehandelt. Als Frankreich der Krieg erklärt worden sei, seien bereits die deutschen Verleumdungen in der Welt verbreitet worden. In Frankreich sei im August 1914 niemand so mit Blindheit geschlagen gewesen, daß er den deutschen Angriff entschuldigt und die dauernd friedlichen Absichten der französischen Regierung in Zweifel gezogen hätte;

man hätte solche Männer gesteinigt.

Die Einmütigkeit der Gesinnung habe genügt, um vor der Welt die Verantwortung für den Krieg festzustellen. So sei das Volk bis 1917 geblieben. Dann sei eine Zeit des Schwankens gekommen. Das sei die Stunde gewesen, die allen heimlichen Ränken, Entmutigungsmanövern und verräterischen Bestrebungen günstig gewesen sei. In der gegenwärtigen Zeit lägen die Phantome des Jahres 1917 erneut auf der Lauer. Die Gespenster des Defatismus schlichen heute nicht mehr im Dunkeln, ihr Feldzug der Lüge und der Schmach gehe vielmehr im hellen Sonnenlicht vor sich. Sie möchten das kaiserliche Deutschland von der Kriegsschuld befreien, indem sie die Verantwortung nach ihrer Phantasie verteilen, um unter dem Vorwand, den Frieden sicherzustellen, die Grundlagen zu erschüttern, auf denen die siegreichen Nationen die Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon aufgebaut hätten. Zu gleicher Zeit lieferten sie aber auch den Ausländern Waffen, die ohne Kenntnis der Verhältnisse oder in schlechter Absicht die Franzosen als ein militärisches von Imperialismus erfülltes Volk bezeichneten. Diese gefährliche Propaganda, die sehr häufig von Deutschland oder von bolschewistischer Seite inspiriert werde, beruhe nicht auf Wahrheit, sie werde bald zusammenbrechen, aber die französische Regierung könne keine Beamten dulden, die pflichtvergessen genug seien, um sich an derartigen Bestrebungen zu beteiligen.

Ueber die Reparationsfrage

sagte Poincaré, Deutschland arbeite emsig an der Wiederaufichtung seiner Industrien und seiner Handelskraft. Man dürfe sich zu keiner Regelung hergeben, die es den Deutschen gestatten würde, sich auf Kosten ihrer Gläubiger zu bereichern. Die französische Forderung sei schon genügend herabgesetzt worden, weiter gehe es nicht mehr. Man dürfe für Frankreich unter dem Vorwand, daß den augenblicklichen Entkäufungen Rechnung zu tragen sei, keine noch grausamere Zukunft vorbereiten. Frankreich verlange nur, was man ihm schulde. Zweifellos könne das niemand für übertrieben erklären. Er bitte die Ausländer, denen die Franzosen als Leute erschienen, die hypnotisiert seien von ihren Interessen, zu bedenken, daß Frankreich seine Reparationen bisher an Stelle Deutschlands bezahlt (?) und hierfür 90 Milliarden vorgeschossen habe. Frankreich sei zwar unter dieser Last heute noch nicht zusammengebrochen. Werde aber ein Zusammenbruch, vorausgesetzt, daß er morgen geschehe, für den Handel der Gesamtwelt nicht große Folgen haben? Bilde man sich ein, daß dann der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas erleichtert sei? Glaube man, daß die internationale Solidarität, von der heute so gern gesprochen werde, dadurch verstärkt werde? In den Beziehungen der Mächte zueinander nehme doch Frankreich einen gewissen Platz ein, und dieser Platz sei nicht ohne Einfluß auf das Gleichgewicht der Welt. Frankreich verfolge nicht lediglich egoistische Ziele. Es verlange, daß die durch den Krieg verursachten Schäden nicht endlos auf dem Volke lasten, daß das Opfer des Krieges gewesen sei. Es wolle nicht unter der Bürde einer ungerathenen Last zusammenbrechen und verlange die Freiheit, seine unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen zu dürfen, damit es seinen Anteil zur Wiederherstellung der allgemeinen Wohlfahrt beisteuern könne. Mit einem Wort, es wolle Frankreich bleiben, d. h. ein Land, das im Kriege heroisch zu sein imstande war und im Frieden einer der besten Arbeiter für die menschliche Zivilisation und den menschlichen Fortschritt sein wolle.

Straßenschlacht in Dublin.

W.B. London, 3. Juli.

„Daily Chronicle“ meldet, daß gestern abend in Dublin eine neue Schlacht begonnen habe. Die Freistaatsstruppen unternahmen kurz nach 5 Uhr, unterstützt durch Maschinengewehrfeuer, einen Angriff auf die Stützpunkte der Rebellen im Bezirk Sardinienstraße und nahmen die gesteckten Ziele ein. Die die Stützpunkte verteidigenden Rebellen ergaben sich. Ein Hotel wurde von den Freistaatsstruppen mit Hilfe von Feldgeschützfeuer genommen. Nach zwei bis drei Schüssen erschien auf dem Hotel die weiße Fahne. Die Besatzung ergab sich. Die Freistaatsstruppen haben ferner eine Straße, in der zahlreiche Hotels von Aufständischen besetzt gehalten werden, umzingelt. De Valera soll sich in dieser Gruppe befinden. Die Verluste sind bisher leicht. Das Zentraltelegraphenamt befindet sich unter Feuer. Es wurden mehrere hundert Gefangene gemacht. Ein heute nacht 1 Uhr aus Dublin abgeschicktes Telegramm besagt, daß in der O'Connell-Straße heftig geschossen wird. Dreißig Rebellen wurden gefangen genommen.

Der beleidigte Hermes.

Berlin, 3. Juli.

Vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I hat die Verhandlung in Angelegenheit der Weinlieferung an den Minister Hermes begonnen. Die Anklage wegen Beleidigung und übler Nachrede richtet sich gegen den Redakteur der „Freiheit“ Robert Henkel. Unter Anklage gestellt sind 8 Artikel. Die Aufsätze enthalten neben schweren formellen Beleidigungen gegen Hermes sowie das Reichsernährungsministerium und dessen Beamte vor allem die Behauptung, Hermes habe von dem dienlich-

von ihm abhängigen Wingerverband für Mosel, Saar und Ruwer im April 1920 und Februar 1921 Weine zu unverhältnismäßig billigen Preisen bezogen. Als Gegenleistung habe er unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung dem Wingerverband eine Ueberweisung von 50 000 Mark zugewendet und dem Verband eine Sonderanweisung von 8000 Zentner Zucker zukommen lassen. Diese Behauptung der Anwendung besonderer Vorteile wird von der Anklage als unwahr bezeichnet. Die gezahlten Preise stellten die Getreidekosten der einzelnen Weine dar. Es habe sich um sogenannte Restbestände gehandelt. Zahlreiche andere Weinsorten seien in gleicher Weise beliefert worden. Die Sonderanweisung an Zucker könne damit in keinem Zusammenhang stehen. Eine Sonderbehandlung des Wingerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer andern Wingerverbänden gegenüber habe nicht stattgefunden. Die Verhandlungen wurden durch Landgerichtsdirektor Rehn eröffnet. Zu Beginn der Verhandlungen regte der Vorsitzende einen Vergleich an, einmal mit Rücksicht auf die augenblickliche politische Lage, dann, weil große Bedenken bestehen könnten, ob die Strafkammer auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten überhaupt zuständig, oder ob es der Staatsgerichtshof sei. Professor Dr. Einhaeimer bemerkte als Verteidiger: Wir sehen keine Möglichkeit zu einem Vergleich. Generalsstaatsanwalt Lindow: Bei Beleidigungen ist nach der Verordnung des Reichspräsidenten der Staatsgerichtshof zuständig. Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, die Sache auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die Akten seien dem Oberreichsanwalt zu überweisen, damit der Staatsgerichtshof entscheiden kann.

Der politische Mord.

Die „Deutsche Zeitung“ reitet zur Entschuldigung der deutschen nationalen Mörderbände und Mordorganisation auf der Talsache herum, daß ein politischer Mörder, nämlich Friedrich Adler, an der Spitze der österreichischen Sozialdemokratie steht und auch in der deutschen Sozialdemokratie Ansehen genießt. Wie die Rechtschöpfung, so die Linkschöpfung. Die „Rote Fahne“ behauptet, daß der Sozialrevolutionär Lernow auf demselben Niveau stehe wie Helfferich; die Ermordung des kommunistischen Kommissars Wolodarsky sei genau das gleiche Verbrechen wie die Ermordung Rathenaus gewesen, und der ganze Haß der deutschen Arbeiter gegen die deutschen nationalen Mordbünde stünde gleich dem Haß der russischen Arbeiter gegen Sozialdemokraten und Unabhängige, also gegen Menschewisten und Sozialrevolutionäre.

Mit solchen scharfen Vergleichen wird man weder die Organisation Consul, noch die bolschewistische Rachejustiz rein waschen. Die Sozialdemokratie verurteilt den politischen Mord grundsätzlich. Aber ihre Stellung zum politischen Mord ist trotzdem grundverschieden, wenn es sich um einen freien demokratischen Staat handelt, in dem jeder das gleiche Recht genießt, jeder für

seine Ueberzeugung reden, schreiben und stimmen kann, oder wenn es sich um einen brutalen Tyrannentum handelt. Im habsburgischen Österreich zur Zeit des Weltkrieges war das Parlament völlig ausgehehlet, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit völlig aufgehoben. Ministerpräsident Graf Stürgkh, den Friedrich Adler erschloß, herrschte unumgänglich und brachte über Volk und Land unjüngliche Leiden, namenloses Elend, während zugleich dem Volke jede Möglichkeit der Abwehr geraubt war. In dieser Situation, in der alle friedlichen Wege verarmt waren, griff Friedrich Adler auf eigene Verantwortung und ganz auf sich gestellt zum Revolver und feuerte den Signalpfeil ab. Genau so in Rußland. Wir verteidigen die Taktik der Sozialrevolutionäre ebensowenig wie das Vorgehen Friedrich Adlers. Aber auch den Sozialisten Rußlands war durch die Kommunisten jede Möglichkeit legaler Betätigung geraubt. Ihre Vorkämpfer wurden verhaftet, eingekerkert, erschossen, fielen in Mengen der kommunistischen Geheimpolizei, der Tscheka, zum Opfer. Auch die Kommunisten brachten über ein jeder Widerstandsmöglichkeit beraubtes Volk die denkbar fürchterlichste Not. In dieser Verzweiflung gründeten ausschließlich zum Kampf gegen brutale Gewalt die Sozialrevolutionäre eine Kampforganisation, die eine größere Anzahl von Attentaten vollführt hat. Das mag politisch falsch gewesen sein und ist in jedem Falle vom sozialistischen Standpunkt aus zu verurteilen gewesen, aber es ist jedenfalls etwas ganz anderes, als wenn in der freien Republik der Welt junge Leute, denen man planmäßig Kopf und Herz vergiftet hat, Deutschlands beste Mörder morden, an deren Händen nicht einmal das Blut einer Fliege klebt. Die Trivialität dieses Mordens duldet kein Vergleich.

Noch im Grabe beschimpft.

Am 2. Juli, acht Tage nach der Ermordung Rathenaus, erschien die Nummer 27 der Zeitschrift „Mittel“. „Blatt des deutschen Arbeitervereins“. (Erscheinungsort Graz, Grillparzerstr. 17.) In dieser Schrift, die noch heute in Hamburg an jedem Bahnpostkasten käuflich ist, wird die Ermordung Rathenaus in einem „Tod den Vaterlandsverrätern!“ überschriebenen Leitartikel eines Hans Ripper offen verherrlicht. Wir geben nur diese Stelle aus einer Anzahl ebenso gemeingefährlicher wieder:

„Darum betrachten wir es nicht als Unglück, daß der Erfüllungsmittler Rathenau nicht mehr erfüllen kann. Rathenaus Tod ist ebensowenig ein Unglück, als der Tod des Verräters und Erschürers Erzberger ein Unglück gewesen ist. Im Gegenteil! Wir betrachten es als ein Glück im Unglück, als ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft, daß aus unserem Wolfe noch Kräfte spritzen, die die offenen und geheimen Verräter unerschütterlich machen.“

Jedes weitere Wort erübrigt sich: wir verlangen sofortige Beschlagnahme und dauerndes Verbot des Blattes für Deutschland.

Volkswirtschaft

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Geschäftsabläufe der Großbanken für 1921. — Die Neugründungen im April u. J.

Die führenden Großbanken, die die privatkapitalistische Finanzgebarung beherrschen, haben im Jahre 1921 in ihren Geschäftsberichten ein riesiges Anschwellen ihrer Geschäftstätigkeit dargelegt. Eine Zusammenstellung der Bilanzen der acht Großbanken, die von der „Frankfurter Zeitung“ gegeben wird, läßt einen kritischen Blick in das Getriebe werfen. Die Uebersicht umfaßt Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Dresdener Bank, Darmstädter Bank, Commerz- und Privatbank, Berliner Handelsgesellschaft, Mitteldeutsche Kreditbank. Das Aktienkapital dieser führenden Banken ist im Vergleich zu ihrem gewaltigen Umsatz verhältnismäßig gering. Es betrug im Geschäftsjahr 2609,5 Millionen Mark; allein an Reserven sind im Jahre 1008,7 Millionen Mark zurückgestellt und damit die Gesamtreserven auf 1782,7 Millionen Mark erhöht. Das Finanzgehären der Banken ist im wesentlichen aufgebaut auf den großen Posten der Einlagen und Kreditoren, wohl hauptsächlich Depostengelder, die den Banken in Höhe von 115 766,2 Millionen Mark zur Verfügung standen. Nicht weniger als um 53 338 Millionen Mark haben sich diese Einlagen im Jahre 1921 erhöht. Ein Beweis, welche riesigen Summen aus der deutschen Wirtschaft dem deutschen Kapitalmarkt zugeflossen sind. Aus diesen großen Posten betreiben die Banken zu einem erheblichen Teil ihre Finanztransaktionen, die in der Finanzierung neuer Aktiengesellschaften, Erhöhung des Kapitals für bestehende Unternehmen, in der Gewährung von Warenkrediten, Beleihung von Wertpapieren, Krediten an Reich, Staat, private und öffentliche Körperschaften bestehen.

Bemerkenswert ist, daß die Bestände an Staatspapieren sehr erheblich zurückgegangen sind; sie weisen gegen das Vorjahr ein Minus von 108 Millionen Mark auf und erreichen nur die Summe von 158,6 Millionen. Auch die Bestände an Wechseln sind verhältnismäßig gering, ein Beweis, daß der Warenverkehr auf langfristige Kredite nicht eingestellt ist, wenigstens das sonst Heblische im Kreditverkehr, der Wechsel, stark ausgeschaltet wurde. Weit entfernt für den Warenverkehr Kredite in Anspruch genommen wurden, läßt sich aus den Bilanzen nicht ersehen, weil Waren- und Börsengeschäfte nicht getrennt sind. Unter dem Posten Report und Lombard wird der Betrag von 5922,6 Millionen angegeben. Es wird sich hier im wesentlichen um die Beleihung von Wertpapieren und ausländischen Devisen handeln. Es ist auch anzunehmen, daß diese Devisenbeleihung vielfach spekulativen Zwecken dient und den eigentlichen Bedürfnissen der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten oder Lebensmitteln nicht reiflos zur Verfügung steht. Wenn es richtig ist, daß die Banken ihre Reservefonds gleichfalls mit Devisen anfüllen, so würde das gerade nicht zur Besserung unserer Valuta beitragen. In Warenbeleihung wird ein Posten von 4385,3 Millionen Mark angegeben, der nicht übermäßig erscheint, berücksichtigt man die Entwertung der Mark. Demnach wäre die Schlupflosigkeit zu ziehen, daß die Finanzlage in Handel und Industrie als gut bezeichnet werden kann.

Vielfach kehrt in den Geschäftsberichten der Banken die Bemerkung wieder, daß eine Kapitalknappheit eingetreten ist, in der die weitere Transaktion der großen Gesellschaften, Erhöhung des Aktienkapitals nicht mehr so glatt vonstatten gehen kann, wie es bisher der Fall war. Es ergibt sich ferner, daß nach dem Sturz der Industriekreditaktien im Dezember vorigen Jahres die Banken etwas vorsichtiger mit der Gewährung von Kredit geworden sind, weil sie die Unsicherheit in der Börsenspekulation in Rechnung stellen und gewährte Kredite nicht mehr den Rückhalt bieten, der bestehen muß bei einem fortgesetzt aufwärts gehenden Kurs, der mit der Entwertung der Mark einberging. Infolgedessen ist die Spekulation etwas zurückgetreten, die übermäßige Anspannung im Geschäftsbetrieb der Banken durch kaum zu bewältigende Aufträge hat nachgelassen; mancher der Spekulanten wird nicht un-

erhebliche Verluste zu verzeichnen haben. Diese Vorgänge sind ein sehr deutlicher Beweis dafür, wie stark gewisse Kreise daran interessiert sind, daß eine Besserung der Mark nicht eintritt, weil damit die Gewinnchancen verloren gehen.

Bei diesem glänzenden Geschäftsabfluß, den alle Banken aufweisen, haben die Aktionäre eine reichliche Erhöhung der Dividenden zu verzeichnen. An der Spitze steht die Deutsche Bank mit 24 Proz. Dividende an ihre Aktionäre, die übrigen verteilen etwas weniger, aber immer noch reichlich genug. Die enormen Summen, die im Geschäftsverkehr dieser Großbanken umgesetzt werden, sind natürlich in ihrem Wert nicht gleichzustellen den Umläufen, die in der Zeit vor dem Kriege in den Bankbilanzen in Erscheinung traten. Immerhin auch bei der Entwertung der Papiermark ergibt sich doch ein so stark angewachsener Geschäftsverkehr wie zu keinen Zeiten. Ein so wildes Spiel an der Börse hat zu keinen Zeiten stattgefunden. Als eine gesunde Tendenz des privaten Finanzgebarens kann man diesen Zustand nicht bezeichnen.

Die Neugründungen und Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften m. b. H. haben im April wiederum einen Aufschwung gegen den Vormonat erfahren. Die Zahl der neugegründeten Aktiengesellschaften beläuft sich auf 229 mit einem Aktienkapital von 1061,7 Millionen Mark. Im gleichen Monat des Vorjahres waren es 99 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 246,4 Millionen Mark. Die Kapitalerhöhungen der bestehenden Gesellschaften betragen 2493,7 Millionen Mark. Die Gesellschaften m. b. H. zählten 1145 Neugründungen mit einem Kapital von 162,3 Mill. Mark, und die Kapitalerhöhungen erforderten 119,7 Mill. Mark. Insgesamt eine Kapitalanforderung von 4808,9 Mill. Mark gegen 4354,8 Mill. Mark im März.

Bei einer solchen Anspannung des Kapitalmarktes ist von einer Knappheit des Geldmarktes nichts zu spüren. Das Gründungsfieber geht weiter, und erfährt durch das Fallen der Mark immer neuen Antrieb. Die Arbeiterklasse trägt die Last in fortgesetzten Preiserhöhungen aller Bedarfsgegenstände.

Diehmärkte.

Hamburg, 4. Juli.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtdiehmärkte, wird uns mitgeteilt:

Kälbermarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kilo Lebendgewicht: Doppellender 4200—4500 M., feinste Mastkälber 3700—4100 M., mittlere Mastkälber 3000—3600 M., geringere Kälber 2000—2500 M., nüdterne Kälber 2300—2400 M. Zufuhr: 1300 Kälber.

Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kilo Lebendgewicht: Beste Fette Schweine über 230 Pf. 6000—6100 M., mittelmäßige Ware über 220 Pf. 5900—6000 M., gute leichte Ware von 180 bis 220 Pf. 5700—5800 M., geringere Ware 5300—5600 M., beste Sauen 5800—5900 M., geringere Sauen 5400—5700 M. Zufuhr: 2800 Schweine. Der Handel verlief lebhaft in allen Qualitäten.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 4. Juli: S. Frieda von Nagö in 3 Tg., D. Strner von Flensburg in 1 1/2 Tg., D. Siquone von Wiborg in 4 Tg., D. Swanen von Kopenhagen in 12 Std., D. Alice von Christiansstadt in 4 Tg., D. Metania von Kopenhagen, D. Finnland von Kotta in 3 1/2 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Heiligtum Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schuch; für Interests Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., ähnlich in Altona.

Saison- Ausverkauf

Gewaltige Preisherabsetzungen

Der große Erfolg

dieser Veranstaltung ist hervorgerufen durch
die unglaublichen Vorteile
 die wir unseren Kunden bieten. Wir empfehlen
 Ihnen, von dieser selten günstigen Kaufgelegen-
 heit den weitgehendsten Gebrauch zu machen.

Holstenhaus

STADTTHEATER IN LÜBECK.

Konzert-Veranstaltungen

20 volkstümliche Konzerte des Lübecker
 Sinfonie- und Stadttheater-Orchesters.

Spielzeit 1922/23.

Leiter: Kapellmeister Carl Mannstaedt.

Preise der Dauer- und Tageskarten
 einschl. Garderobebühr und Lustbarkeitssteuer.

Gruppe	Tageskarten			Abonnementspreise		
	Tagespreis	Lustbarkeitssteuer	Gesamtbetrag	Abonnementspreis	Lustbarkeitssteuer	Gesamtbetrag
I . . .	80.—	8.—	88.—	anstatt 500 = 400	60.—	460.—
II . . .	25.—	2.50	27.50	anstatt 300 = 230	50.—	280.—
III . . .	20.—	2.—	22.—	anstatt 200 = 150	40.—	190.—
IV . . .	15.—	1.50	16.50	anstatt 150 = 100	30.—	130.—
V . . .	12.—	1.20	13.20	anstatt 100 = 70	20.—	90.—
VI . . .	10.—	1.—	11.—	anstatt 70 = 50	15.—	65.—
VII . . .	8.—	0.80	8.80	anstatt 50 = 35	10.—	45.—

Anmeldungen ab 10. Juli schriftlich oder persönlich an die Theaterkassiererei (Eingang: Fischgrube) täglich von 10—1 Uhr und 5—7 Uhr.
 Den bisherigen Abonnenten bleiben ihre Plätze bis einschließlich 15. Juli reserviert.
 Einladungen zu den Sinfonie-Konzerten erfolgen, sobald die Solisten verpflichtet sind.
DIE DIREKTION.

Gladthallen-Saalen.
Täglich Konzert
 der Hamburger Künstler-Vereinigung.
 Direction **Adolf Martens.** 4066
 Bei ungünstigem Wetter im Saal.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt frei!

Der Höhe
 der Sommer-Spielzeit
 im Hansa-Theater
 wird die
Presse-Ausstattungsrevue
 uebern großen Teich
Emil von Dollern
 als Hamburger Jung.
Willy Schweißguth
Minna v. Seemen
Direktor O. Erasmi

Stadhallen-
Lichtspiele.
Nur 3 Tage!
 Ab heute vollständig neues
 Programm!
Vom 4. bis 6. Juli:

**Das Staatsbegräbnis
 für Rathenau.**
 1. Die Massen der Teilnehmer hinter der
 Abperrung. — Die Siegessäule als be-
 gehrter Aussichtspunkt.
 2. Anmarsch der Ehrenkompanie.
 3. Das blumengeschmückte Leichenauto vor
 dem Reichstag.
 4. Beamte des Auswärtigen Amtes tragen
 den Sarg, den die Reichsflagge verhüllt.
 5. Zum Erdbegräbnis nach Oberschöneweide.
 6. Berlin im Zeichen der Trauer: Halbmast
 in der Wilhelmstraße.
 7. Massendemonstration für die Republik im
 Lustgarten.

„Papa kann's nicht lassen“
 Lustspiel in 4 Akten mit (4050)
Lotte Neumann.
 Außerdem:
„Seefahrt ist not“
 Nach dem Roman von Gorch Fock
 in 5 Akten.
„5000 Dollar für ein Kind“
 Der lustige amerikan. Groteskfilm.
 Aufführungszeiten:
 nachmittags 4.30—7.30 Uhr,
 abends 7.30—10.30 Uhr.

Klassenkämpfe
 im
alten Braunschweig
 Soziale Bilder
 aus Braunschweigs Ver-
 gangenheit.
 Von **Karl Zwing.**
 Mk. 2.—
 Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.
 Johannisstr. 46.

Trocadero.
 Schlüsselbuden 4.
**Wiener Lust
 und Leben.**
 Beginn 8 1/2 Uhr.
 4087

Hansatheater
 8 Uhr. 8 Uhr
 Nur noch 3 Aufführungen
 Mittwoch, Donnerstag
 Freitag von dem St.
 dentenschauspiel (40
Alt-Heidelberg
 mit Emil von Dollern
 Willi Schweißguth
 Dir. Ernst Albert
 Dir. Oskar Erasmi
 Sonnabend Premiere
 uebern großen Teich

Leinwandfabrik
 Freitag 7 1/2 Uhr d. Lender
 Alle neuen Formen
 Farbgeb 152—Wort
 mütziges. (4088)

Tapeten-Reste
 sehr billig!
Adler-Drogerie Emil Hahn.
 Schwartauer Platz 32 (Gefe Markstraße).
Adlerborst. 4003 **Jeden Donnerstag: BALL.**

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 5. Juli.

Die Produktive Arbeitsfürsorge.

Es wird uns geschrieben: Zu Zeiten einer günstigen Lage des Arbeitsmarktes geraten leicht diejenigen Maßnahmen, die zur Zeit großer Arbeitslosigkeit als Vorbeugungsmaßnahmen zur Überwindung der größten Not ergriffen wurden, in Vergessenheit. Man denkt nicht mehr daran, daß diese Zeiten wiederkehren könnten, denkt nicht daran, daß durch die Maßnahmen unserer Vorgänger solche Zeiten geradezu wieder heraufbeschworen werden und denkt nicht daran, sich zeitig zu rüsten, um diesen Zeiten gewappnet entgegenzutreten, sondern hält die Feinzeit zu diesem Zwecke geschaffenen Einrichtungen für überflüssig und überläßt sie ihrem Schicksal. Dies trifft in ganz besonderem Maße für die „Produktive Arbeitsfürsorge“ zu. Geboren aus der Not der Zeit, entfaltete die „Produktive Arbeitsfürsorge“ während der Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1921 kurz nach ihrer Entstehung eine überaus rege Tätigkeit und konnte bereits nach halbjähriger Ausübung derselben auf ein erfreuliches Resultat zurückblicken, indem durchschnittlich 160 Erwerbslose wöchentlich Beschäftigung hatten finden können. Seitdem ist mehr als ein weiteres Halbjahr verfloßen, während dessen sich die Arbeitslosigkeit dank der günstigeren Lage des Arbeitsmarktes verringerte und die Zahl der Erwerbslosen zurückging, so daß sie nicht mehr in so besorgniserregendem Grade ins Auge sprang. Demzufolge sank auch die Zahl der bei der „Produktiven Arbeitsfürsorge“ Beschäftigten auf etwa 90, die sich namentlich aus Leuten rekrutierten, welche auf Grund ihres hohen Alters oder körperlichen Gebrechens auf dem freien Arbeitsmarkt keine Verwendung mehr finden konnten und somit einem trostlosen Schicksal überlassen geblieben wären. Hieraus nun folgern zu wollen, daß die „Produktive Arbeitsfürsorge“ nicht mehr so nötig oder gar überflüssig sei, wäre grundfalsch, denn dieser Zustand der regeren Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt ist leider zweifelsohne nur ein vorübergehender und zwar von sehr kurzer Dauer, denn schon jetzt mehren sich die Zeichen, daß die Befürchtungen der Reichsregierung und anderer eingeweihter Kreise über eine große bevorstehende Arbeitslosigkeit zur Tatsache werden. Gerade in letzter Zeit ist die „Produktive Arbeitsfürsorge“ wieder in größerem Maße in Anspruch genommen worden, so daß sie wieder zu einer intensiveren Entfaltung ihrer Tätigkeit schreiten mußte. In demselben Maße mußte sich auch die Anteilnahme seitens aller Kreise der Bevölkerung zur Beitragszahlung, die seit einiger Zeit leider abgeflaut ist, wieder regen gestalten, um die „Produktive Arbeitsfürsorge“ in die Lage zu versetzen, den an sie herantretenden größeren Anforderungen gerecht zu werden. Erfreulich ist es feststellen zu können, daß kürzlich weitere Gruppen unseres Erwerbslosen mit ihren Beitragszahlungen neu hinzugekommen sind; so die Aerzte unserer Stadt und ein großer Teil der Rechtsanwälte. Abwärts sehen leider immer noch die Banken mit ihren Leitern sowohl als auch mit ihren Angestellten. Dies ist um so bedauerlicher, als daraus wieder andere Kreise den Grund ihrer Nichtzahlung herleiten, denn warum sollen wir zahlen, wenn jene Kreise, denen eine so geringe Abgabe für das Allgemeinwohl doch wohl zugemutet werden könnte, sich zurückhalten? So lautet vielfach die ablehnende Begründung. Trotzdem man doch eigentlich auf dem Standpunkt stehen sollte, daß es einem bei der Erfüllung einer sozialen Pflicht, von der man durchdrungen ist, gleichgültig sein kann, was die andern tun. Leider ist dies aber nicht so, sondern der eine wartet auf den andern. Viele warten auch darauf, daß diese geringe Abgabe zum Gesek erhoben werde. Erst dann wollen auch sie zahlen. Aber alle wollen, daß unser Wirtschaftsleben nicht erschüttert werde, alle wollen, daß es in ruhigen Bahnen zum Segen aller weitergleiten möge! Als ein wesentlicher Faktor hierzu die „Produktive Arbeitsfürsorge“ beitragen. Darum richten wir an alle Kreise der Bevölkerung nochmals die dringende Bitte: Unterstützt die „Produktive Arbeitsfürsorge“ durch eine geschlossene Beteiligung an der Beitragszahlung, damit sie ihrer großen Aufgabe, der bevorstehenden Arbeitslosigkeit erfolgreich begegnen zu können, gewachsen sei! Und besonders den Arbeitern, für die diese Einrichtungen in erster Linie geschaffen ist, rufen wir zu: „Erlahmet nicht, damit eure Kollegen in Zeiten der Not vor dem größten Elend bewahrt bleiben!“

Ausführung der Verordnung zum Schutze der Republik. Der Senat hat auf Grund des § 2 Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 das Polizeiamt als die für das Verbot von Versammlungen, Aufzügen und Kundgebungen sowie für das Verbot und die Auflösung von Vereinen und Vereinigungen nach § 1 der Verordnung ausländische Stelle bestimmt.

Führung durch die Buchausstellung. Denjenigen Freunden des schönen Buches, die noch nicht in der Lage waren, unter bibliothekarischer Führung die nur noch bis zum kommenden Sonntag von 11—2 und 4—6 im St. Annenmuseum gezeigte Spezialausstellung zur Geschichte des Buchbindens zu durchwandern, soll dazu am Freitag, um 5 Uhr, Gelegenheit gegeben werden. Auch die reisereifere Jugend sei auf diese Veranstaltung nachdrücklich hingewiesen. Die gesamte Presse würdige diese Sonderausstellung, die auch den vielen Fremden eine höchst willkommene Ueberraschung über die Entwicklung des Buchgewerbes vom mittelalterlichen Mönchstand bis zum neuesten Lurusbande gibt, eingehender Besprechungen. Diese Darbietung anlässlich der Dreihundertjahrfeier unserer Stadtbibliothek erfreute sich kürzlich auch des Besuchs des schwedischen Reichsbibliothekars, der die Bibliothek wiederum mit sehr erheblichen Geschenken bedachte.

Silber- und Papiermark. Die Reichsbankanstalten kaufen jetzt bis auf weiteres zu folgenden Preisen Silbermünzen an: Marksilber: 35 Mk. für 1 Mk.; alte Taler: 115.50 Mk. für 1 Stück. Sämtliche Postanstalten vermitteln den Silberankauf.

Stille Baustoffpreise. Die Baukosten stellen sich nach einer Berechnung des Statistischen Reichsamts im April im Durchschnitt auf den 55,7fachen Preis des Friedensstandes. Daß das Ende noch nicht erreicht ist, zeigt, daß die Baustoffe vom April zum Mai noch weiter im Preise von 61,7 auf 81,2 gestiegen sind, im Verhältnis zu 1 im Frieden. Bei den Steinen, Kalk, Gips, und Zement geht die Steigerung sogar auf 85,7 beim Bauholz auf 73,7. Im Januar 1921 hatten die Baustoffe im Durchschnitt nur 11,8 der Friedenspreise betragen, im Januar 1922 30,3, um nach einem Vierteljahr schon auf 55,7 zu steigen.

pb. Festgenommen wurden zwei arbeitslose Zimmergesellen, die sich in der Nacht vom 1. zum 2. Juli der Sachbeschädigung und des Hausfriedensbruches zum Nachteil eines hiesigen Fabrikbesizers schuldig gemacht haben. Der von den beiden angerichtete Schaden beläuft sich auf circa 20 000 Mk. — Festgenommen wurde ein stellungsloser Arbeiter von hier, der aus einem Eisenbahnwagen 1 Sack Zucker gestohlen hatte. — Des fernern wurde ein hier zugereister Arbeiter aus Linden festgenommen, der sich des Betruges dadurch schuldig gemacht hat, indem er auf eine Bahnsteigkarte die Eisenbahn von Hamburg nach hier benutzte.

pb. Gewerksmäßige Betrüger. Festgenommen wurden ein Schlachter und ein Gärtner von hier, die unter der falschen Angabe, Kofain zu besitzen, einen Kollegen des Schlachters um einen erheblichen Geldbetrag betrogen haben. Sie verstanden es, dem Geschädigten vorzuschwindeln, der Koffer mit Kofain sei von der Gepätaufbewahrungsstelle vertauscht worden. In Wirklichkeit war aber gar keine Ware vorhanden gewesen, sondern die Schwindler hatten vorher einen anderen Koffer hinterlegt, in dem sich nur eine alte Hufe befand. In der gleichen Weise haben die Schwindler bereits vor einem Jahre einen hiesigen Händler um 125 000 Mark betrogen.

pb. Diebstahl. Von einem im hiesigen Hafen liegenden Segler sind mittels Einbruches 1 Doppelfernglas, 1 Schiffszuhr und eine rote Decke gestohlen worden.

Travemünde. Bedeutend stärker noch als am vorigen Dienstag war die Beteiligung an der Kundgebung für die Sicherung der Republik. Gen. John-Lübeck hielt auf dem Marktplatz die Ansprache, nachdem vorher ein Umzug durch die Hauptstraßen stattgefunden hatte. Redner betonte, daß die Forderungen, die vorige Woche erhoben seien, nun feste Formen angenommen hätten. Heute mühten die breitesten Volkskreise bekunden, daß sie hinter diesen Forderungen stehen, welche das mindeste darstellen, um die Republik und ihre Führer zu schützen. Immer stärker trete der gewaltige Schaden hervor, der durch den Mord an Rathenau dem deutschen Volke zugefügt wurde. Dieser Ernst beherrschte den Umzug und die Kundgebung auf dem Marktplatz. Man sah es den Männern und Frauen an, daß sie alle fühlten, wohin uns die deutsch-nationale Sache treibt und daß

sie zur Abwehr bereit sind. Ein mit Begeisterung aufgenommenes Hoch auf die Republik schloß die würdige Kundgebung. Nun mögen Taten folgen.

Angrenzende Gebiete.

Gr. Grönau. Die hiesige Ortsgruppe des sozialdemokratischen Vereins hielt am Dienstag eine Protestversammlung aus Anlaß des Rathenau-Mordes ab. Der Referent, Genosse Passarge-Lübeck, beleuchtete das infame Treiben nationalistischer Kreise und fand einmütigen Beifall. Die Versammlung gelobte, ihre ganze Kraft zum Schutze der Republik einzusetzen. Besonders die Gemeinderatsmitglieder wurden angehalten, streng auf die Durchführungen der Verordnungen des Ministers Severing zu dringen.

he. Oldesloe. Der provozierende Bürgermeister. Schon als vor einigen Wochen durch Oldesloe, Stahlhelm-Leute kamen und „Bisat“ im Bürgerpark bezogen, hielt Bürgermeister Bloß diesen Leuten eine Ansprache, die mit „Deutschland, Deutschland über alles“ endete. Diesen Geist bekundete der Herr Bürgermeister auch, als jetzt anlässlich des Vogelstehens überall in Oldesloe die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt wurde. Die Arbeiterschaft, die sich diese Provokation nicht gefallen lassen wollte, zog vor das Rathaus und erlangte eine Kommission, die den Herrn Bürgermeister auffordern sollte, die Einziehung der provozierenden Fahnen zu veranlassen. Natürlich sträubte sich Herr Bloß. Als dann eines der Kommissionsmitglieder äußerte, daß die Arbeiterschaft diese Fahnen nicht mehr sehen wollte, äußerte der Diener der Republik in bezug auf die schwarz-rot-goldene Reichsfahne: „Was Lappen? Was ist das denn für ein Lappen, hinter dem Sie herlaufen?“ Vielleicht nimmt sich der Regierungspräsident in Schleswig auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik den Herrn Bürgermeister einmal energisch vor. (Diese Lesart ist wesentlich anders als der Bericht, den die bürgerliche Presse veröffentlicht.)

Hamburg. Schwere Flugzeugunfälle in Südhüttel. Bei dem Versuch, am Dienstag vormittag auf dem Gelände der Strafanstalt eine Notlandung vorzunehmen, geriet das von Berlin ankommende Postflugzeug D 148 der Deutschen Luftreederei in Berührung mit Telegraphendrähten und überschlug sich. Der Apparat wurde völlig zerkümmert. Die Insassen, der Flugzeugführer Lothar v. Richthofen, die Filmschauspielerin Fern Andra und der Kaufmann Georg Bluen aus Berlin erlitten schwere Verletzungen. Der erstere ist seinen Verletzungen auf dem Transport zum Krankenhaus erlegen. Das Befinden der beiden noch Lebenden hat sich bereits wieder gebessert. — Verhaftung von Angehörigen der Organisation G. Die Hamburgische Polizeibehörde hat 25 Mitglieder der Geheimorganisation G. verhaftet. Es handelt sich hauptsächlich um junge Handlungsgehilfen, auch ein Kapitänleutnant befindet sich darunter. Ferner befindet sich darunter der Sohn des deutsch-nationalen Bürgerschaftsmitgliedes Jacobsen.

Hamburg. Groß-Hamburg und das Reich. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg wegen Abtretung verschiedener preussischer Gebietsteile an den Hamburger Staat sind gescheitert. Nachdem die preussische Regierung die ihren Unterhändlern vorgelegten Fragen verneinend beantwortet hat, hat der Hamburger Senat dem preussischen Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er sich von einer Fortsetzung der bisherigen Verhandlungen einen Erfolg nicht versprechen könne. Gleichzeitig hat der Senat in der Überzeugung, daß im Interesse der deutschen Wirtschaft eine befriedigende Lösung der Groß-Hamburg-Frage auf jeden Fall bald erreicht werden müsse, in einem Schreiben an den Reichsminister der Reichsregierung gebeten, in diesem Sinne tätig zu werden. Der Senat ersucht, gegebenenfalls von der in Artikel 18 Absatz 1 Satz 2 der Reichsverfassung gegebenen Möglichkeit Gebrauch zu machen und ein verfassungsgewandertes Reichsgesetz in die Wege zu leiten.

Koistof. Schwere Bootsunglück auf der Warnow. Am Sonntag feierte vor der Brücke von Langenort auf tieferem Wasser das mit 4 Personen besetzte Segelboot des Gehilfen Einwohners Kröger. Es erkrankte der Lehrer Bürgermeister nebst Frau und der Dr. Kösterig. Die Frau des Dr. Kösterig wurde von einem nachfahrenden Segler gerettet, da sie die einzige war, die schwimmen konnte.

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von A. von der Eider.

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Rolf ging nicht fort. Er half, als der Junge sich dumm anstellte, das Pferd halten und stellte dabei immer weitere Fragen, bis es für ihn ohne Zweifel war, daß Antje, seine Antje, ihm verloren war.
Einmal blühte er nach den hellerleuchteten Fenstern hinüber; das Rouleaux war ein wenig beiseite geschoben, und ein weißes Antlitz mit dunklen Augen lugte hervor.
War es Antje? Schnell wie ein Spuk war es wieder verschwunden.
Das Pferd war beschlagen und wurde wieder vorgeführt. Rolf fuhr davon. Er fuhr ein Endlos weiter, an Antjes Haus vorbei, dessen Fenster ganz im Dunkeln lagen. Er fuhr auch noch einmal im Wirtschaftshaus ein, schlürfte hastig einige Groggs hinunter, ließ dem Pferd einen Eimer Wasser vorsetzen und eine Gistheu normieren und fuhr dann im Trab fort.
Der Grog brannte wie flüssiges Feuer. Er sollte den inneren Brand bekämpfen, aber er erhitte ihn noch mehr. Rolf fuhr wie ein Wahnwitziger. Das Pferd war mit Schaum bedeckt, als er in Brodwort ankam. Die Kirchenuhr schlug zwölf, und der Nachtwächter machte keine Kunde. Das Rollen des einsamen Wagens klang laut und gepenstlich durch die Nacht.
Im Kringelstrug war noch Licht. Hier saßen vielleicht einige hartnäckige Kartenspieler an ihrem Tisch. Einen Augenblick kam Rolf der Gedanke an Ingeborg. Ihr Bild stieg vor ihm auf, schwellend mit meergrünen Augen und schillerndem Haar.
Er hielt auf das Pferd ein, als fürchtete er Zaubereien. Eine Viertelstunde später lenkte er den Wagen in das Sektort seines Hofes hinein.
Am anderen Tage war ihm so wußt im Kopfe, wie nach einer durchschwärmten Ballnacht. Für Karlinsens Wirtschaftslagen hatte er kein Interesse. „Laß mich in Ruh“, sagte er, „was gehen mich die Dienstmädchen und Deine Mischwirtschaft an.“
Den ganzen Tag über arbeitete er draußen auf dem Felde: da wurde ihm freier zumute. Als aber Karlins am Abend wieder auftrat, über etwas zu jammern, nahm er seine Mütze und ging davon.
Er wollte nur ein bißchen herum gehen, mal an den Kringelstrug vorbei und den anderen Weg zurück.

Im Kringelstrug traf er Ingeborg vor der Tür stehend, schmutz und sauber, wie er es liebte, gesund und fröhlich in ihrer runden Fülle.
Nach kurzer Begrüßung sagte Ingeborg: „Ich schaue gerade aus, wo mein Alter bleibt. Komm, es ist kühl draußen.“
Er folgte ihr. In der dämmerigen Hausdielen glitzerten ihn ihre Augen verführerisch an. Ihr Gesicht leuchtete ihm hell entgegen, ihr Atem war warm. Dies alles wirkte auf seine empfindlichen Nerven wie ein süßer Wein. Er streckte halb unbewußt den Arm aus, da lag sie an seiner Brust, und er fühlte ihre heißen Lippen auf den feinen Brennen.
Dann gab sie ihn frei und machte sich sofort verächtlich an ihrem Haarnoten zu schaffen. Er trat in die Schenkstube. Dort sah er eine Zeilung und krüdete still vor sich hin. Das Blut brannte ihm in den Adern. Es zog ihn hin zu dem verführerischen Weibe und sein Herz hielt ihn wieder zurück und stellte ihm Antjes Bild vor Augen. Es war ein Kampf wie unter dem Wasser, von dem nichts an die Oberfläche drang.
Ingeborg ging ab und zu, sich in den Hüften wiegend. Sie beobachtete ihn verstoßen und dachte, er wäre doch ein wunderlicher Mensch. Aber gerade das Wunderliche an ihm reizte sie. Der gewöhnlichen Männer war sie überdrüssig. Sie hatte innerlich schon geurteilt, daß er auch zu der Sorte gehöre; jetzt frohlachte sie. Nein, er war anders als alle andern. Gerade deshalb war es doppelt schwer, ihn zu fangen. Aber fangen mußte sie ihn! Sie wollte ihn so fest umgarnen, daß er nicht mehr zurück konnte, daß er ihr mit Leib und Seele angehörte.
Gerade als sie diesen Gedanken hatte, sprang Rolf auf, verabschiedete sich kurz und ging.
Er schüttelte sich. Nein, das war ein schlechter Tauch, Ingeborg gegen Antje. Er wollte nichts mehr von ihr wissen. Ihre ganze Persönlichkeit drängte sich ihm zu sehr auf. Wie ihre Küsse brannten! Wie glühend sie in ihrem Empfinden war! Sie verstand es, einen Menschen wahnsinnig zu machen.
In der Nacht träumte Rolf Anderken schlecht. Er sah Antje auf einer Schaukel, die er in Bewegung setzte. Sie flog auf und nieder, ihr Haar schimmerte, ihre Augen funkelten. Höher, höher! Dann wollte er sie zum Stillstand bringen, aber er konnte nicht. Sie schwebte weiter auf und nieder. Dann plötzlich sprang sie von der Schaukel herunter, ihm in die Arme und küßte ihn. Und als er in keinen Armen hielt, war es gar nicht Antje, sondern Ingeborg. Die sah ihn mit ihren großen Augen während an und lachte. Am anderen Morgen stand ihm der Traum so klar vor Augen, als hätte er ihn wirklich durchlebt.

In der folgenden Nacht träumte er wieder von Ingeborg. Dann war es vorbei; er suchte durch angestrengte Arbeit seine Gedanken zu zerstreuen, und es gelang ihm.
Eine ganze Weile hindurch blieb er den Kringelstrug. Ingeborg schien es nicht zu bemerken. Wenn sie auf den Hof kam, um Karlins zu besuchen, war sie lebhaft und freundlich wie immer; auch hatte sie es gelernt, sich zu beherrschen, aber Rolf Anderken mochte wollen oder nicht, sein Blick blieb unwillkürlich hängen an ihrer prächtigen, flatternden Figur und dem lebensvollen, blühenden Gesicht. Sie war in den letzten Jahren noch stärker geworden, doch erhöhte dies nur den sinnlichen Reiz, den ihre Erscheinung ausübte.
Im Dorfe munkelte man, daß sie ein Verhältnis mit dem Brudersohn ihres Mannes, dem jungen Niklas Thebens, habe.
Dies Gerücht berührte Rolf peinlich; er mußte eigenlich nicht, weshalb. Niklas oder wie er im Dorfe genannt wurde, Niklas, war mindestens fünfzehn Jahre jünger als sie. Er war ein dünner Junge und sie — nein, es war nicht auszudenken. Rolf war Jahr und Tag an dem Kringelstrug vorbeigegangen. Er hatte Ingeborgs Besuch immer hingenommen wie etwas, das ohne sein Verschulden kam, das er aber nicht ungerne hatte. Als sie aber einmal längere Zeit nicht auf dem Kringelstrug kam, entbehrte er ihr Kommen doch. Sie war die einzige, die ab und zu Fröhlichkeit ins Haus gebracht hatte; jetzt wurde es immer düsterer um ihn her. Frau Karlins wußte und klagte, die Dienstmädchen waren widerspenstig, und selbst Wiebke, die schon aus der Schule war und ihren Kopf für sich hatte, kam schlecht mit der Mutter aus.
Eintigmal ging Rolf zögernd an dem Kringelstrug vorbei; vielleicht traf er sie einmal zufällig, dann wollte er mal so nebenher fragen, warum sie gar nicht mehr käme. Er traf sie aber nicht. Mitunter sah er sie wohl drinnen hantieren in ihrer hellen Schürze, mit forschen Bewegungen. Kaum ging er dann weiter. Einmal traf er Timm Thebens vor seiner Haustür, und neben ihm stand sein Brudersohn Niklas.
Timm war sehr gealtert. Sein Kopf war vorn ganz kahl; nur am Hinterkopf war noch ein weißer Haarbüschel. Das Gesicht sah verfallen aus, die Augen blickten nicht mehr so hell wie ehedem. Aber dennoch war er Rolf viel sympathischer als der junge Niklas mit seinen schmalen Schultern, dem langen Gesichte, dem matten, wissenden Ausdruck in seinen blaugrauen Augen. Timm Thebens rief Rolf an, und dieser blieb stehen.
„Geh doch man nicht immer vorbei“, sagte Timm, „brauchst ja nichts zu verzehren, bist ja von der Familie. Saha, komm herein, nimm uns nicht die Ruhe mit!“
(Fortsetzung folgt.)

Lübeker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 4. Juli.

Wortführer: G. Ehlers.

Beginn: 6,15 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Aussprache über den Mord an Reichsminister Dr. Rathenau und die dadurch geschaffene Lage.

Wortführer G. Ehlers: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit unserer letzten Sitzung hat sich in unserem Vaterlande etwas Ungeheuerliches ereignet. Am 24. Juni 1922 wurde der Reichsaussenminister Dr. Walter Rathenau in Berlin mörderisch ermordet. Einer der befähigten Minister, einer der eigenwilligsten Menschen, ein großer Diplomat wurde von diesem grausamen Schicksal betroffen. Ein Mann, der aus einem ruhigen, sorgenlosen Leben heraus sich in den Dienst des Vaterlandes stellte. Der als deutscher Kaufmann und Industrieller mit viel Geschäft die Außenpolitik leitete und dessen außerordentliche Begabung uns hoffen ließ, endlich an eine Besserung unserer trüblichen Verhältnisse zu denken sei, wurde den Augen seiner Mordbohen erliegen. Die Empörung über die Tat kannte im ganzen Lande keine Grenzen und hat sich bis heute noch nicht gelegt. Die Empörung gegen die Mörder und weit mehr noch gegen die Empörung gegen die Minister und die Regierung. Durch die fieberhafte Tätigkeit der Kriminalpolizei ist schon einer dieser Mordbohen gefasst, aber noch mehr ist erreicht, es ist eine im ganzen Reich verbreitete Mörderzentrale entdeckt, die den Bestand der Republik auf das ernsthafteste gefährdet. Die fortbauende Hege der Zeitungen und der Redner der Rechten hat es soweit gebracht, daß nach Garais und Erzberger auch Walter Rathenau zum Opfer dieser verbrecherischen Politik wurde.

Die Lübecker Bürgerschaft muß einmütig den Standpunkt vertreten, daß gegen alle die direkt oder indirekt an diesen Mordtat beteiligten Personen mit aller Strenge vorgegangen wird. Der Bestand der Republik ist in Gefahr. Und jedermann, der zur Verfassung der Republik steht, ist verpflichtet, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen dieser Verfassung geschützt und durchgeführt werden. Wir wollen das Andenken an diesen großen Staatsmann und ehrenreichen Mann dadurch ehren, daß alles unterdrückt und beiseite wird, was uns zur Erhaltung der republikanischen Staatsform im Wege steht, daß alle Vereinigungen mit monarchistischen Zielen und jegliche Propaganda für die Monarchie auf das schärfste bekämpft wird. Nur mit der Republik und für die Republik, das sei nach dieser grauenhaften Tat das Gebot der Lübecker Bürgerschaft. Ein ehrendes Andenken für alle Zeit dem Minister Dr. Rathenau!

Senator Dr. Vermehren wußt auf das schwer darzubehaltende Vaterland hin, das eines unangenehmen Zusammenstoßes der arbeitenden Kräfte bedürftig. Man habe eine ruhige Freveltat und blinder Fanatismus die Volksgenossen wieder auseinandergerissen. Rathenau habe den festen Willen gehabt, dem Vaterlande zu helfen. Das Schändliche sei, daß Rathenau nicht der einzige sein sollte. Der Reichspräsident habe zum Schutze der Republik außerordentliche Maßnahmen ergriffen. Der Senat sei damit durchaus einverstanden, um der Republik Ruhe, Frieden und Sicherheit zu schaffen. Der Senat lege den Wunsch, daß das Verbrechen rasch aufgeklärt und die Schuldigen der verdienten Strafe zugeführt würden. Es wäre befallenswert, wenn aus der hohen Tat ein schlimmes Verbrechen hervorginge und der Mord im Volksempfinden würde. Durch Terror und Gewalt werde nichts Gutes geschaffen. Der Kampf müsse mit ehelichen Mitteln ausgefochten werden. Jedem müsse als zehntausendmaliges Ziel die Wiederaufrichtung des schwergeprüften Vaterlandes am Herzen liegen. Auch Lübeck leide schwer unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Es wäre nur zu wünschen, daß alle die Erfordernisse der Gegenwart richtig erkennen möchten und getreu der zahlreichen Vergangenheit für die Wiederaufrichtung des Vaterlandes eintraten.

Habe (Tiska) erklärt sich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden, erhebt aber Einspruch wegen Nichterhaltung der verfassungsmäßigen Form. Er protestiere gegen irgendwelche Beschlüsse.

Der Wortführer betont die außerordentlichen Umstände und fragt, ob die Bürgerschaft mit keinen Maßnahmen einvernehmen sei. fünf Arbeitsgemeinschaften sind dagegen. (Zuruf bei den Sozialisten: Großartig!)

Satz (Soz.)

Normalerweise ist durch die Augen seiner Mordbohen ein Mann, der mit seiner ganzen Kraft im Dienste des Volkes stand, aus seiner Lebensbahn geschleudert worden. Einer derjenigen, die dazu berufen waren, unser Vaterland aus den Wirren dieser Zeit heraus in geradene Bahnen zu lenken. Ein mit großen Gaben ausgestatteter Mann, der ohne Zögern dem an ihn ergangenen Ruf folgte, seine bevorzugte Stellung im Wirtschaftsleben aufgab,

um in den Dienst des Reiches und des Volkes zu treten. Rathenau mußte fallen, weil er den dunklen Mächten im Wege war, die ein Interesse daran haben, daß Deutschland unter der Republik nicht empor zum Licht gelangt. Dieser feige Mordanschlag ist gegen die deutsche Republik, gegen die Demokratie gerichtet, deren überzeugter Anhänger er war. Diese Tat ist ein Verbrechen gegen die Gesamtheit des Volkes. Deutschland ist durch diese Tat abermals dem Kampfe der Weichenstellungen ausgesetzt. Unter dem harten Zwange des verlorenen Krieges muß die Republik zusehen, wie ihre Führer einer nach dem andern fallen müssen. Diese Mordgeboten haben nur den einen Plan, die Republik in den Abgrund zu führen. (Sehr richtig! links.) Man will durch diese Taten verhindern, daß unser Wirtschaftssystem wieder geordnet wird. Man hofft, daß nach dem Fall der Führer ein Chaos entsteht, aus dem dann als rettender Engel der Kaiser entspringt, der uns in neue Knechtschaft führt. Deshalb mußten Leute wie Eisner, Garais, Erzberger und Rathenau fallen. Alle republikanisch Gesinnten müssen mit allen Mitteln verhindern, daß diese Pläne jener feigen Dummköpfe, die sich der Mordanschläge bedienen, verhindert werden. Wir haben schon viel zu lange gegögert, viel früher mußten wir diesen Gezeiten zurufen: Bis hierher und nicht weiter. (Sehr richtig bei den Sozialisten.) Deshalb rufen wir nunmehr die Regierung auf zur Tat! Diese Elemente haben keine Ertüchtigung im Körper unseres Volkes, diese Eiterbeule muß aufgeschossen werden. Wir fordern deshalb ein Gesetz zum Schutze der Republik und dessen rücksichtslose Anwendung. Verantwortlich für dieses Gesetz machen wir jene deutschösterreichischen Kreise, die durch ihre hinterlistigen Manöverarbeiten diese Sphäre des Mordanschlags geschaffen haben. Verantwortlich für dieses Gesetz sind die monarchistischen Kreise unseres Volkes, welche nach jenem Zusammenbruch, der ohne Beispiel ist, dem Volke vorredeten, daß an all dem hieraus entstehenden Elend nur die Republik schuld ist. Verantwortlich für diese Dinge ist die Monarchie und ihre Kataklysmen, Ludendorff, der Massenmörder, der seine Kraft auf unglücklichen Kriegsschlachtfeldern vergeblich und heillos verheerend war. Helfferich ist ein leichtsinniger Spieler, der Hass und Hof verliert hat. Das sind die Helden der Monarchie! (Sehr richtig! links.) Nur diese Leute sollen die berufenen Führer sein, so prädisen die monarchistischen Zeitungen täglich dem Volke. Das Volk darf gar nicht daran denken, sich ihnen zu fügen. (Bravo! links.) Das Volk verlangt, daß endlich ernst gemacht wird. Es ist nicht gerade angenehm für einen Sozialdemokraten ein Ausnahmengesetz zu verordnen. (Sehr richtig! bei den Sozialisten.) Denn wir haben seinerzeit selbst lange Jahre unter einem solchen leiden müssen. Es ist aber zwischen damals und heute ein weltlicher Unterschied. Das damalige Gesetz war gegen die arbeitende Arbeiterklasse gerichtet, gegen ihren Kampf um die Erhaltung der politischen Macht. (Sehr richtig! bei den Sozialisten.) Das heutige Gesetz richtet sich gegen eine Mörderhand. Die politische Macht haben wir errungen. Heute kämpfen wir um die Erhaltung der wirtschaftlichen Macht und wir werden sie erlangen treiben und abgeben! Unsere Führer aber werden wir für die Zukunft besser als bisher zu schützen wissen. Dazu soll uns das Gesetz zum Schutze der Republik dienen. Wir fordern sofortige Auflösung der in Frage kommenden Vereine: Stahlhelm, Schutz und Trugbund, Allduischer Verein und dergl. Unsere Forderungen auf diesem Gebiete sind folgende:

1. In Lübeck sind die Verordnungen und Gesetze zum Schutze der Republik rücksichtslos anzuwenden.
2. Allen Beamten und Angestellten im Staatsdienst ist jede antirepublikanische Tätigkeit ausdrücklich zu verbieten. Jeder Verstoß gegen Verordnungen und Gesetze zum Schutze der Republik ist mit sofortiger Dienstausschließung zu bestrafen.
3. In den Schulen ist jede offene oder heimliche monarchistische Propaganda verboten und Schüler streng zu unterlagen. Allen Lehrkräften wird es zur Pflicht gemacht, ihre Schüler zu Achtung und Liebe für die Republik zu erziehen.
4. Sämtliche durchgehenden Straßennamen sind abzuändern in Straßennamen zu Ehren der Republik. Insbesondere sind sofort zu ändern die Kaiser-Wilhelm-Straße in „Straße der Republik“, die Holtenauerstraße in „Rathenaustraße“, die Wittenbergstraße in „Erzbergerstraße“. Auch die anderen Umbenennungen sind umgehend vorzunehmen.
5. Den „Lübeker Anzeiger“ ist sofort der Charakter als Amtsblatt zu nehmen.

6. Die Bürgerschaft beschließt die Einsetzung eines fünfgleihrigen Ausschusses zur Überwachung der Durchführung des in Lübeck besonders geschaffenen Gezehe und Verordnungen zum Schutze der Republik.

Wir erwarten vom Senat die rücksichtslose Anwendung dieser Gesetze und Verordnungen. Wir haben lange Zeit eine Märgelgebild gezeigt, um jedem Beamten eine Einstellung auf die neue Zeit zu ermöglichen. Diese Gebild ist uns schließlich geflohen worden. (Sehr richtig! bei den Sozialisten.) Wir werden zukünftig rücksichtslos gegen jeden Beamten und Angestellten im Staatsdienst vorgehen, der sich antirepublikanisch betätigt. Wir verlangen von der Regierung, daß sie unter allen Umständen unsere Jugend im republikanischen Sinne erzieht. Daß sie ihr Bestes einsehen wird, um eine weitere Verwilderung der Sitten zu verhindern. Für monarchistische Hege hat die republikanische Schule keinen Platz. (Sehr richtig! links.) Wir verlangen, daß die antisemitische Hege jetzt endlich aufhört, daß unserer Jugend Achtung auch vor dem Andersgläubigen und Andersdenkenden eingefloht wird. Sachliche Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze der Weltanschauung dürfen die Achtung vor der Person des Gegners nicht mindern. Wir fordern die Entfernung sämtlicher dynastischer Straßennamen und erlauben uns sofort einige Vorschläge zu machen. Wir erwarten bestimmt, daß eine Straßendekret nach Jürgen Wullenweber benannt wird. Den „Lübeker Anzeiger“ ist sofort der Charakter als Amtsblatt zu nehmen. Darunter verstehen wir, daß diese Maßnahme nicht etwa wie bisher auf die lange Bank geschoben wird. Der Senat hat nun endlich genug erzwungen. Wir verlangen, daß die Antikristen Anzeigen aus diesem antirepublikanischen Blatt sofort verschwinden und hoffen sie zukünftig in einer Zeitung der Republik zu finden. (Zuruf: Lübecker Volksboten!) Weiter verlangen wir die Einsetzung eines fünfgleihrigen Ausschusses zur Überwachung dieser Forderungen. Dieser Ausschuss soll dauernd darüber wachen, daß unsere Forderungen reiflos durchgeführt werden. Der Ausschuss soll in gegebenen Fällen der Bürgerschaft berichten, um jeden Verstoß abgeben zu können. Nach außen hin wollen wir damit den ganzen Ernst der Lage zum Ausdruck bringen und hoffen, daß diese Maßnahmen genügen, um die unserem Volke so notwendige Gesundheit herbeizuführen. Alle republikanisch Gesinnten aber rufen wir auf die Schanzen zum Kampfe für die Erhaltung der Republik. (Bravo! links und auf der Tribüne.)

Dr. Gebhardt (Soz.) erklärt, die Sitzung werde am wichtigsten begangen, wenn man nach dem Sinne des aus dem Leben gegangenen (Zuruf: gemordeten) Mannes sachlich verhandle. Die Deutsche Volkspartei habe sich zurzeit mit der Republik abgefunden. (Lachen links.) Sie mache aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Er stehe auf dem Boden der Republik, sei aber auch bereit, wenn das Volk in seiner Gesamtheit einen Monarchen wünsche, für diesen einzutreten. Die Volkspartei verurteile diese schandvolle Tat an Rathenau, die weder verständlich noch entschuldbar sei und sei auch bereit, für eine Reform des politischen Kampfes einzutreten, um in Zukunft derartige Taten zu vermeiden. Seine Fraktion stimme für den Antrag 1 geschlossen. Auch dem Grundgedanken im 2. Absatz stimme sie zu, doch sei die Fassung nicht glücklich und unklar. Der sofortige Entlassung eines Beamten stände Artikel 130 der Reichsverfassung entgegen. Die Entlassung müsse den Weg eines ordentlichen Verfahrens gehen. Auch dem Art. 3 stimmt der Redner zu und hofft, daß es gelingen möge, neben der Achtung zur Republik auch die Liebe zu ihr zu wecken. Punkt 4 lehnt der Redner ab. Dafür sei die Stunde zu erst. Gegen tritt Dr. Gebhardt für Punkt 5 ein. Es sei unzulässig, einem politischen Organ amtlichen Charakter zu geben. Der 6. Punkt bedürft anderer Fassung. Was Herr Haut über Duldbarkeit im politischen Kampfe gesagt habe, unterbreite er vollkommen.

Es hat (Dem.) brandmarkt den Mord an einem der Größten und Besten, die wir heute für die Volkswohlfahrt besitzen. Der politische Mord sei heute fast zur Regel geworden. Deshalb hätten wir alle Ursache, uns mit dieser Frage zu beschäftigen, ebenso mit der Frage, aus welcher Sphäre heraus dieser Mord entstehe. Wohl sei keine Partei für diese Tat verantwortlich, aber es sei trotzdem nicht zu verkennen, daß diese Sphäre geschaffen sei von der äußersten Rechten und literarischen Schmutzfinstern wie Rulle und Warthehof. Wenn die Jugend täglich lesen müsse, daß die Führer der Republik im Dienst der Entente ständen, daß sie Schreiber und Buchhalter seien, dann glauben die Mitleideten schließlich, diese Leute im vaterländischen Interesse be-

In Pompeji.

Die Ergebnisse zehnjähriger Ausgrabungstätigkeit.

Seitdem vor zehn Jahren Professor Spinazzola die Ausgrabungen in Pompeji unter neuen Gesichtspunkten wieder aufnahm, mit dem Verstand, die oberen Stockwerke der Häuser, die früher, soweit sie nicht schon der Zerstörung des Bodens zum Opfer gefallen waren, durchweg bei der Ausgrabung zerstört wurden, samt Eternen und Balkonen, unter Aufwendung größter Sorgfalt und Geduld zu erhalten und durch Bewahrung des Gefundenen an Ort und Stelle das Bild der alten Stadt mit möglicher Präzision und Lebendigkeit wieder zu errötern, ist manche ansehnliche Schilderung des romanischen Pompeji gegeben, manche jesselhnde Einzelheit aus seinen Straßen und Häusern bewahrt worden. Nachdem von der zum Amphitheater führenden Via del Abbondanza 400 Meter freigelegt sind, loben es, sich aus neue das Gesamtbild zu vergegenwärtigen, das sich auf Grund dieser zehnjährigen, erlangten Erkenntnisse bietet.

Wie ein Wunder tritt die Erhaltung dieser alten und doch neuen Welt dem entgegen. Der sie zum erstenmal in all ihrer Lebendigkeit erblickt. Der Zeitraum von zweitausend Jahren erscheint wie ein einziger Tag. War es heute, war es gestern, daß der Wächter rief: „Wächter! Stimmt die Decius Secundus“ auf die weiße Kalkmauer gemalt wurde? War es heute, war es gestern, daß man bekannngemacht hat: „Heute große Vorstellung in der Arena! Todten der Gladiatoren!“, und ein paar Schritte davon: Morgen Feststellung im Amphitheater, Kampf mit wilder Wirtin, Wettslauf, Festschuh durch die Straßen!

Einige Schritte weiter führen zu der berühmten gemauerten „Barr“. Der ganze Marmorblock ist mit kleinen römischen Bronzeplatten für die Deckplatten bedeckt, als seien sie gestern erst angebracht worden. In der Wand sind schon sehr viele Reliefs von verschiedenen Größen angebracht: hier wurden warme und kalte Getränke serviert. In großen Vertiefungen auf dem Boden sind noch zu sehen die Reste von Feuerherden, und im Hintergrund auf einem kleinen Feld, in dem noch die Mauerreste und verfallene Weidenbüsche von Holz liegen, steht ein großer, inhaltlich verfallener Stein, der, als man ihn einst, vorher von einer Heide entdeckte, als sei er gestern erst gestellt worden. Draußen auf der Straße vor dem „Barron“ schreien sich die „Katholiken“ für das Volk, wie nach heraufgelassen im Süden. Und oben im ersten Stockwerk des Hauses noch heute, mit herbeiziehender, weißerbestäubter Stützmauer, ist eine offene Kneipe für die „Katholiken“. Auch hier wie heute, und gestern! Freie ist es wohl noch gegeben.

Man an jeder Straßenecke sieht man auf einen vier-eckigen, abgegriffenen kleinen Altar, der öffentlichen Opfern diente, und in jedem Haus auf einen oder mehrere Altäre der verschiedenen Götter. Im Mittelboden der Speisezimmer wiederholt sich das Schlangensymbol zu Ehren Aesculaps (vielleicht als Mahnung, daß man nicht zu viel essen soll). Ein Schild: „Waffenverkauf“, an einer anderen Stelle ein großes Kleiderlager; die verfallenen Jungfrauen liegen auf dem Versteck unter schünen Gewändern. Hier ist das glänzend ausgestattete Haus des höchsten Adels, mit ausgezeichneter Dampfheizung und warmem und kaltem Wasser im Badezimmer, R.C. mit Wasserpflanzung. Ein kleines Vorzimmer führt ins Speisezimmer, das „Trionnum“, dessen glänzende Wände reich geschmückt mit wohlherhaltenen Maleszen sind, die Szenen aus der Epos darstellen. In der Mitte des kleinen Zimmers steht man noch die Bronzemündung für den stehenden Wassertrichter, an dem sich die Trichterlöcher zur Erhellung der Zimmer zu bilden pflegten. Draußen im Garten befindet sich die Fontäne in einem runden, weißen Marmorbecken. Das Wasser fließt in einem runden, nach der Mitte zu. Die Fontäne fließt noch heute, wenn nur der Wasserdruck stark genug ist, und so ein schänter in die Leitung und so sorgfältig ausgegraben, daß Luft und Schmutz, ja sogar die Kronephänome leicht wieder in Gang zu bringen waren. In einem kleinen Laden in der Nähe haben Bronzen und Schalen auf einem Wandbrett, darüber Blumenbeete und kleine Gläser aller Formen zum Verkauf, nach der Straße gerichtet, auch Spielzeug. In einem anderen Hause ist noch das Bett auf einem rechteckigen Eisenbeinwerk, wie dem verfallenen Bettzeug darin, erhalten. Wieder an einer anderen Stelle findet man den Tisch, reichlich mit Bronzegefäßen bedeckt, von der Suspensionstreppe bis zu den Weinstapfen, als wenn die Tische, eben angebracht, zerfallen wären.

Nach weiterer Wander strebten sich dem flammenden Becken. Ein weißes Privatrein mit einem kleinen Garten hinter einer Mauer, deren kleines Schloß aus einem kleinen Becken mit unendlicher Höhe wieder zusammengeleitet ist. Rechts liegen die kleinen Zimmer, die heute unterteilt, die Farben nicht, als seien sie gestern erst aufgetragen. Eine Steintrappe führt nach oben, wo gleichfalls alles wohlherhalten ist. Es ist das Haus des Ältesten Terentius. Er gestirte Edelsteine; man fand noch Rosette und Amethyste vor, einige schön ausgeführte Spiegel und das gelamie Grabmalzeug des Künstlers. Weiter die Straße entlang, kommt man zu einer vollständigen Kneipe. Durch den Gebrauch abstrakte Wappentiere, ein Becken, eine Platte, ein Tisch, ein Wasser- und Abflus-

leitungen sind in vollster Ordnung. Gegenüber liegt das Haus des „Moralisten“, wie man es wegen drei im Speiseraum angebrachter Inschriften genannt hat. Sie lauten: „Halte Frieden, vermeide alles, was Uneinigkeit verursacht! — Betrachte die Frau eines anderen mit Ehrfurcht. — Die Jugend soll mit feingewaschenen Händen und Füßen und einer reinen Serviette zu Tisch kommen und bei den Mahlzeiten schweigen!“

Dann betritt man durch ein prächtiges Marmorportal das stolze Haus, das die Arbeiter „Casa dei Marti“ nennen, das „Haus der Toten“, das wahrscheinlich das Haus des Octavius Quirinus gewesen ist. Man kann es wohl eines der größten archaischen Weltwunder nennen. Es besteht aus drei wohlherhaltenen Stockwerken. Die zahlreichen kleinen Zimmer sind alle in verschiedenen Farben gehalten; sie haben schon gewölbte Decken, an denen man jetzt die heruntergefallenen Stücke wieder anbringt. In einer Öffnung der Mauer hängt eine kleine Kellamppe, die auf diese Weise zwei Zimmer erleuchtete. Reste vom Fensterglas, einer bläulichen, nicht ganz durchsichtigen Scheibe, liegen noch im Rahmen fest. Aus dem innersten Zimmer zur Rechten blickt man durch eine lange Säulengasse in ein reizendes Gemach, an dessen beiden Seiten man zu Tisch lag. Ein kleiner Tempel mit einer Fontäne hat hübsche Maleszen, deren eine den sich spiegelnden Narcissus darstellt, und die als einzige Künstlerfigur in Pompeji „Lucius prixit“ zeigen. Im Hintergrund, wie es scheint, durch Blumenbeete verdeckt, die aufwartenden Diener auf und zu. Ein unterirdischer, reich geschmückter Raum dient den Bewohnern als kühler Aufenthalt im Sommer; beim Ausbruch des Vesuvus am 24. August 79 lag sich die Familie mit den Sklaven hierher zurück, in der Hoffnung, auf diese Art die Katastrophe zu überleben. Die Unglücklichen haben hier vielleicht einige Tage zugebracht; dann haben es die meisten nicht länger ausgehalten, und da sie die schwere, bereits durch Mäde, Rinssteine und mächtige Lawen halberhöschüttete Tür nicht mehr öffnen konnten, sind sie durch Fenster geprüngelt, um dem Tod zu entgehen. Einhalb Meter hoch über dem Straßenniveau, nur wenige Schritte von der Tür entfernt, weiß eine Gruppe von Schädeln und Knochenresten davon zu erzählen. Weiter kamen gefloht, ist nach hinten übergefallen und streckt in Verzweiflung die Hände zum Himmel. So liegen sie noch, wie sie vor 2000 in sich zusammengekauerte Frau, daneben eine kräftige Männerchen, von denen die eine den Kopf an der Brust der anderen verborgen hat, ein Knabe liegt dabei, das Gesicht nach unten, ein die Füßchen nicht. Die im Keller des „Häuses der Toten“ zurückgebliebenen liegen dort noch; zwei halbwegs junge Mädchen der Tod hier bettete.

zeitigen zu müssen. Die Schuld liegt bei den Verbreitern dieser Nachrichten. Die Demokraten seien Republikaner. Gewiß habe auch zu jenen die monarchische Form Deutschlands zu hoher Blüte verholfen. Aber eine Monarchie, die sich mit den fortschreitenden Zeiten und Forderungen des Volkes nicht abzufinden versteht, habe sich überlebt. Heute komme gar keine andere Staatsform als die republikanische in Frage. Zum Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze müßten sich alle auf dem Boden des Staats Arbeitenden zusammenfinden. Dem Punkt 1 stimmen die Demokraten rückhaltlos zu. Zu 2 wünschen sie einen Zusatz, der die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen fordert, damit sich der Beamte rechtfertigen könne. Punkt 4 lehnt er ab; das seien Kinderleihen, die nicht dem Schutze der Republik dienen. Die 5. Forderung hätte schon längst erledigt sein müssen. Zum Schlusse betont der Redner, daß wir durch diese Tat leider wieder in eine Notlage gekommen und daß wir noch nicht am Ende der Katastrophe seien. Der Kampf müsse nach sachlicher Art geführt und Ernstigkeit nach außen erzielt werden.

Seiborn (Komm.):
Der Mord an Rathenau ist keine Einzelercheinung. Die kommunistische Partei hat die meisten durch Mord verlorenen Führer zu beklagen. Liechtenow und Luxemburg wurden brutal ermordet. Levine, Landauer, Eisner u. a. fielen dem Muehlmord zum Opfer. Jetzt liegt schon wieder ein politisches Verbrechen auf Harzen vor. Der Verbrecher ist Mitglied des Verbandes national-gesinneter Soldaten. Keinem rechtsstehenden Manne ist seit Bestehen der Republik von Arbeitern ein Haar gekrümmt worden. Das Schlimmste für sie war, daß man ihnen die Schlüsselstücke entjerte. Die Arbeiter wissen zu gut, daß sie durch einen einzigen Akt des Terrors die Geschichte nicht umändern können. Der Redner geht auf die Kriegsverbrechen ein, die in der kapitalistischen Gesellschaft liegen. Es gibt nur ein Mittel, um die Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen: das ist der Sozialismus. Dieses Wort kann nur von der Arbeiterklasse der ganzen Welt geschaffen werden. — Die Rede des Herrn Dr. Gebhardt war eine solche nach dem Muster der ehemaligen Nationalliberalen. Heute ist er für die Republik. Ist die Situation für die Monarchie günstiger, dann tritt er für diese ein. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die heutigen Demokraten ehemalige Mitglieder der Fortschrittlichen Vereinigung waren. Ihr Sprecher selbst hat noch den Wilhelm im Bureau hängen. Wirkliche Republikaner sind nur die Arbeiterklassen. Die Arbeiterführer vergangener Jahrzehnte haben auch für die Republik gekämpft und unter dem Druck der Monarchie gestritten. Keine bürgerliche Partei hat das Recht, sich als Schützer der Republik auszugeben. Die deutsche bürgerliche Republik muß eine Republik der Arbeiter werden. Heute haben die Arbeiter die Macht noch nicht. Man darf nur an den Senat denken, dessen Bürgermeister Reden bei Regimentsfeiern hält. Die Senatoren Kulenkamp und Dr. Vermehren seien aus rein monarchistischen Holz geschnitten. Die Wiederutmachungs-lasten werden auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt. Wenn die Arbeiter und Beamten die Lasten der Bourgeoisie tragen sollen, dann müssen sie sich dagegen auflehnen. Denn es war der Krieg der Kapitalisten. Wenn die deutschen Arbeiter den Stall reinigten, werden sie den Arbeitern der Welt nachschauenwerte Beispiele geben. Das Nächstmögliche ist eine Arbeiterregierung in Deutschland, um die Existenz der Arbeiter zu sichern, die Republik zu erhalten und die Muehlmörder zu beseitigen. Der heutige Demonstrationstag hat jedem bewiesen, daß die Teilnehmer entschlossen sind, ihre Forderungen durchzusetzen. Die Arbeiter erheben nicht in ihrem Kampfe, sondern gehen mit stets größerer Energie vor. Sie lassen sich nicht mehr von den bürgerlichen Whralen einläßen. Wenn Sie (nach rechts) auf noch so viele Arbeiterführer abschachten. Sie werden dadurch die Befreiung der Arbeiterklasse nicht verhindern können. Zum Schlusse erläutert der Redner noch die Situation anläßlich der Geiselmorde in München, eine Folge der Terrors der Truppen. Aber die Morde

an Gareis, Eisner, Erzberger, Rathenau waren Inzählunge uxor-taten. Nur der Kampf der Arbeiterklasse ist imstande, das Volk über das Elend hinwegzuführen.

Dr. v. Broden (Dfl.) stimmt den Ausführungen des Wortführers über den Mord an Rathenau zu. Der Kern der Aussprache dreht sich um die Aufhebung der geheimen Verbindungen, die dahin streben, die jetzige Staatsform zu beseitigen. Der Ermordete habe die Staatsform als reine Organisationsfrage gehalten. Man könne den Deutschnationalen ruhig auch unterstellen, die jetzige Staatsform zu beseitigen, aber man dürfe sie nicht mit derartigen Geheimorganisationen in Verbindung bringen. Der Aufbau Deutschlands bedinge die Einordnung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb. Seine Forderung lehne den Vorwurf ab, der sie in Verbindung mit dem Morde bringe. Heber gebe es überall. Die Früchte seien die Folge der verwerflichen Lage. Der Redner hält die Deutschnationale Volkspartei für unzureichend. Die Deutschnationale Volkspartei solle als völlig bedeutungslos. Den Vorwurf des Verbrechens könne man keiner Partei nicht machen. Der Redner verurteilt besonders Ausnahmegeetze, ist aber mit den reichsgesetzlichen Verordnungen einverstanden, falls sie gegen jede Person ausnahmslos angewandt werden. Auch die Sozialdemokratie habe in ihren Reihen früher Attentäter gehabt. (Widerspruch.) Im einzelnen kritisiert der Redner die Forderungen und erregt lebhaften Widerspruch, als er die Arbeitsruhe als ungeeignetes Mittel bezeichnet. Punkt 4 (Straßennamen) sei dem geistigen Niveau der sozialdemokratischen Partei angepaßt. (Zuruf Dr. Leber: Ihr Niveau ist der Revolver. — Zuruf von den Kommunisten: Umwächter Kerl!) Wir sind dafür, eine Strafe Rathenaufträge zu nennen, auch Erzbergerstrafe. (Zuruf der Kommunisten: Ihr Wilhelm ist für das Vaterland wogelauten!) Wichtig ist es, wenn das Amtsblatt neutral ist, aber die „Lübeckischen Anzeigen“ haben zu dieser Forderung keinen Anlaß gegeben. Punkt 6 lehnen wir ab, er enthält ein Mißtrauensvotum für den Senat. Zum Schlusse betont der Redner, daß die gewaltige Demonstration großen Eindruck gemacht habe, noch größeren Eindruck habe er von der Ruhe und Ordnung sowie ihrer Führung erhalten. Würde und Ernst hätten obgewaltet. Aber die Arbeitsruhe läge nicht im Sinne Rathenaus. Bei den Kommunisten vermisste er die notwendige Durchsichtigkeit.

Dr. Heber (Soz.):
Zunächst muß ich mein Befremden darüber ausdrücken, daß der Bürgermeister bei dieser wichtigen Sitzung nicht erschienen ist. Ein Regimentstag der 162er erscheint ihm wohl wichtiger. Ebenso schätzt der Senat offenbar eine Tagung des Schiffschiffvereins in Travemünde höher ein. Dort konnte sich auch Herr Senator Vermehren mit dem ehemaligen Großherzog von Oldenburg und Prinz Heinrich unterhalten. Zu den Ausführungen der verschiedenen Fraktionsredner ist dann grundsätzlich zu bemerken: Die Deutschnationalen haben stets und immer ohne Unterlaß gehetzt. Ich erinnere nur an die Flaggenfrage, wo die Lübeckischen Anzeigen immer wieder von der Judenfrage redeten. Der deutschnationale Jugend wurde vorgelesen, die Sozialdemokratie reibe Futterkripenpolitik. Dann wurden die Schuldfrage und Erfüllungspolitik benutzt, um die Führer der Republik hodenlos zu verleumben. Aus dieser wüsten Agitation erwuchsen die Morde. Die eigentlich Schuldigen sitzen also nicht nur im Deutschnationalen Jugend und der Hamb. Partei, sondern auch im Amtsblatt der freien und Hansestadt Lübeck und der übrigen schwarz-weiß-rotten Presse. Wenn Sie noch nicht wissen, aus welchen Geistern die Morde geboren wurden, dann unterhalten Sie sich mit den Gymnasialen, den Söhnen aus Ihren Häusern. Hören Sie, wie man dort über die Republik spricht, welche abstoßende Urteile über Männer, wie Ebert, Scheidemann, Erzberger, ausgesprochen werden. Die Erfüllungspolitik wird als Vaterlandsverrat verächtlich und damit der Jugend eingeredet, die Beseitigung dieser Männer sei ein vaterländisches Werk. Die gesamte Deutschnationale Partei hat ein Teil dieser Schuld auf ihren Schultern zu tragen. Das haben die letzten Ereignisse bewiesen. Ich erinnere nur an die Verhaftungen des deutschnationalen Parteisekretärs in Danabück wegen Verdachts der Beteiligung am Morde. Das Lübeckische Amtsblatt unterschlug freilich die Tatsache, daß es sich um einen ihrer Freunde handelte. Klaus und Günther versuchen die Deutschnationalen ebenfalls abzuschütteln, obwohl gerade Klaus unweigerlich belügen kann, daß sein offener Brief von Wahlfreiheit beruht. Und Günther hatte einen Brief von Ludendorff in der Tasche, worin ihm dieser mit: Mein lieber Günther antwortet. Woher hat denn die ganze Organisation E. ihr Geld gehabt? Etwa von den Sozialdemokraten oder Kommunisten? Es ist erwiesen, daß die ganzen deutschnationalen Rittergutsbesitzer Pommerns und Schlesiens die Geldmittel für die Morde fanden. Der deutschnationale Parteisekretär Ohm forderte eine Bartholomäusnacht, um den heutigen Staat abzugewinnen. Daraus ist zu schließen, daß die jetzige Erklärung der Deutschnationalen nichts als eitel Heuchelei ist. Wir haben von den Deutschnationalen immer wieder gefordert, daß sie endlich einen Strich gegen diejenigen ziehen sollten, die den Mord predigen; sie haben es aber vor dem Rathenau-Morde nicht getan und nicht gewagt. Wer die Reichstagsverhandlungen verfolgt, wird leicht gewahrt, daß sich die Deutschnationalen sich ihrer großen Schuld bewusst sind. Jetzt sehen sie es vielleicht ein, wohin sie das Volk geführt haben. Sie treiben eine satanische Heße gegen die junge Republik, und ein Staatsmann nach dem andern müßte ihr erliegen, wenn das Volk nicht endlich einen Strich zieht. Ich hoffe, meine Herren, daß Sie mit offenen Augen auf die Straßen geschaut haben. Sie haben gemerkt, daß Ihre Zeit vorbei ist. Die Republik ist in den Herzen der Millionen stärker befestigt als jemals. Jeder, der es wagt, an ihren Grundfesten zu rütteln, hat es mit den Häuten dieser Millionen zu tun. Auch die Kommunisten kämpfen mit uns gegen die Reaktion. Wir haben ihre Hilfe angenommen, den Erfolg nach innen wie nach außen haben Sie heute im Herzen der Arbeiter gesehen. — Noch eine kurze Bemerkung zu der Erklärung des Herrn Dr. Gebhardt. Sie kennzeichnet die berühmte prinzipielle Stellung der Deutschen Volkspartei, die eigentlich niemand recht kennt. Herr Dr. Gebhardt meint, wir würden die Meinungsfreiheit aufheben und wenn uns vorgeworfen wird, wir unternehmen dasselbe wie Wilhelm, so ist dies ein Vergleich, der auf beiden Seiten humpelt. Die wilhelminische Regierung hat ohne Grund und dauernd die Sozialdemokratie durch elendliche Ausnahmegeetze niedergebunden, jeden Sozialdemokraten als rechtlosen Gefallen hingestellt. Wir hatten in der Republik jedem freie Meinungsfreiheit gegeben. Diese 4 Jahre absoluter Freiheit sind von den Monarchisten schlecht gelohnt und unerhört mißbraucht worden. Wir befinden uns jetzt in der Notwehr und zudem soll der Ausnahmezustand nur 2 Jahre dauern. — Noch ein Wort zu Herrn Dr. von Broden. Er ist es, der den Lübeckern Arbeitern ein Wahlrecht anzubieten wagte, das ihnen von 120 Sigen ganze 8 einräumte. Ein wirklich wunderbarer Vergleich zu dem monarchistischen Senate. Der Einwurf des Herrn Dr. v. Broden gegen die Arbeitsruhe ist völlig hinfällig. Die Arbeit darf nicht nur quantitativ, sie muß auch qualitativ bewertet werden. Die Angriffe der Deutschnationalen auf die Republik und deren Farben haben der Arbeiterschaft die Freude an der Arbeit genommen und der Volkswirtschaft mehr Ausfall gebracht als die Arbeitsruhe. Herrn Esholt ist zu erwidern, daß wir bei Entlastung republikfeindlicher Beamten erst nach regelrechtem Disziplinarverfahren in 2 Jahren 10 % mit Pension entlassen müssen. Diese werden dann die Pension in die eine Sozialtasse und in der andern klingen sie mit dem Geld, das sie als deutschnationale Parteireträre oder Redakteure verdienen. Auf die Einwände der Demokraten bei Aenderung der Straßen-namen doch die historische Entwicklung zu bedenken, möchte ich nur bemerken, daß diese historische Entwicklung seit 1870 nur Kriegervereinigungsantimismus war. Der sogenannte Aufschwung

materieller Art unter der Monarchie hatte den völligen Niedergang der deutschen Kultur als Nebenerscheinung. Die Liebe der Demokraten zur Republik ist ein junges Gewächs. Seit 1848 haben sie sich zu Kriegervereinigungen entwickelt. Im übrigen ist es merkwürdig, daß Herr v. Broden und Herr Dr. Gebhardt nicht schon früher auf den Gedanken gekommen sind, daß das Amtsblatt unpolitisch sein müsse. Käme die erhoffte Bartholomäusnacht, würden die Erklärungen der Rechtsparteien wieder anders lauten. — Ein Wort noch an den Senat. Vielleicht hat er sich die Kundgebungen angesehen und ist sich des Ernstes der Situation bewußt geworden. Ich spreche jetzt aus der Stimmung der aufmarschiereten 40 000 Menschen; es ist uns absolut Ernst mit unserer Forderung. Wir verlangen aufs allerentschiedenste deren Durchführung und lassen nicht um Haarsbreite mit uns handeln. Der Senat mag sich überlegen, ob er sich ¼ der wertvollsten Bevölkerung entgegenstellen will. Wir sind jetzt die ausführenden Instanzen des Volkswillens. Erkennt der Senat die Pflichten nicht, dann begeht er einen Verfassungsbruch. Ich erinnere ihn an den Ernst der Lage. Die Lübecker Arbeiterschaft ist Mann für Mann bereit, jederzeit wieder für ihre Forderung einzutreten. (Beifall links.)

Esholt (Dem.) hält die 6. Forderung vielleicht für notwendig, wünscht sie aber dem Aesthetenausschuß zur Prüfung überwiesen. Zu dem Vorwurf des Ausschusses monarchistischer Bilder erklärt der Redner, daß dies richtig sei, er habe aber auch nichts dagegen, wenn andere Lenin und Trocki aufhängen. Weiter verwahrt er sich gegen den Vorwurf, die Demokraten als Novemberdemokraten zu bezeichnen. Nachdem die Flaggenfrage zu einem Kummel geworden sei, müsse man sich für die schwarz-rot-goldene Flagge einsetzen.

Ros (Komm.) erklärt, die Dinge würden sich in der Frage aus, wer jetzt an der Herrschaft sei. Die Herren, die jetzt so sehr für Meinungsfreiheit eintreten, tun dies nur, weil in ihren Arbeitsbereichen monarchistische Gesinnung verbreitet wird. Der neue Staatsgedanke müßte sich mit allen Machtmitteln durchsetzen. Ehe die beabsichtigten Forderungen erfüllt sind, werden sich die sozialistischen Parteien nicht trennen. Zuerst muß Wandel im Senat geschaffen werden, dessen Zusammensetzung nicht den Kräfteverhältnissen der Parteien entspricht. Meinungsfreiheit gibt es solange nicht, so lange es eine Klassenherrschaft gibt. Es ist nicht wahr, daß sich die Deutschnationale Volkspartei loyal zur Republik stellt. Die Presseäußerungen der Deutschnationalen beweisen das Gegenteil. Sie wollen die Republik beseitigen, deshalb würden sie von der Verordnung auch getroffen. Die Arbeiterschaft wird alles tun, um derartige Vorkommnisse, wie sie die Zügelnde der sogenannten gebildeten Klassen hervorgerufen haben, zu unterdrücken.

Dreger (Soz.)
bringt einige konkrete Fälle vor, nach denen es bei den Rechtsparteien nicht so ruhig aussieht, wie sie sich hingustellen versuchen. Die Störung des Wirtschaftslebens sei den Arbeitern und deren Organisationen auch nicht angenehm. Sie würden erst aufstehen, wenn Reichs- und Landesbehörden mit den Maßnahmen zum Schutze der Republik durchgreifen. Die Störung des Wirtschaftslebens sei für die Arbeiter von geringer Bedeutung. Weil schämmer sei die Störung des Wirtschaftslebens durch solche Taten, die uns heute zusammenführten. Der Sturz der Mark wurde durch sie hervorgerufen. Lohnforderungen werden die weitere Folge sein. Alle Redner haben die Tat verurteilt und ich nehme an, daß die Personen aus ehrlicher Ueberzeugung sprachen. Doch sind es gerade die Rechtsparteien, die die Freiheiten der Republik zur Zügellosigkeit ausarten ließen. Der Redner polemisiert weiter gegen die „Lübeckischen Anzeigen“, die den Parteien und den großen Gewerkschaften den Vorwurf machen, ihr Vorgehen hätte den Dollarturs in die Höhe getrieben. Daß dieses Amtsblatt beseitigt werden muß, ist von allen Seiten bekräftigt worden. Weiter rühmt Genosse Dreger eine gemeine Aussage des den Deutschnationalen nahestehenden Deutsch-ärischen Pressevereins an, in dem es als Glück bezeichnet wird, daß der Erfüllungsmiñister nicht mehr erfüllen kann und in der weiter hoffnungsvolle Schlüsse auf die Zukunft gezogen werden. Dem deutschnationalen und deutsch-volksparteilichen Mißvertrauen könne man die sich gegen die Republik vergebenden Personen nicht überweisen. Es sei überhaupt eine Schande, daß eine solche Lustig noch am Leben sei. Es gehe so einfach nicht mehr weiter. Das habe er auch den Massen zugurufen, die mit Liebe und Opfermut heute für die Republik eintraten. Würde es nicht anders, dann müße eben zur Selbsthilfe gegriffen werden. Das werde die deutsche Arbeiterschaft auch wahrnehmen. (Zuruf links: Sehr richtig!) Unzählige Male und mit unglaublicher Geduld habe die deutsche Arbeiterschaft versucht, den Wiederaufbau des Vaterlandes vorzunehmen, es ist ihr durch die Heße von rechts schlecht gelohnt worden. Immer wieder warf ihr die Rechtspresse die erdolbte Front und Futterkripenpolitik vor, besudelten die Deutschnationalen die Reichsflagge, beschimpften sie sozialdemokratische Minister. Und es wäre doch um Deutschland viele besser bestellt, wenn es recht viele Saitlegerellen wie Ebert hätte. Ueber 3 Jahre haben wir uns das gefallen lassen. Nun ist es genug. Der Redner zielt dann einen Fall, nach dem ein Lehrer in der Schule in der Schwarzwälder Allee die Republik besudelte und stellte weitere Verfolgung dieses Falles in Aussicht. Wer die Lebensverhältnisse der Arbeiter untergrabe, müsse sich gefallen lassen, daß Auge um Auge, Zahn um Zahn vergolten werde. Die Rechtsparteien müßten den bündigen Nachweis erbringen, daß sie sich auf den Boden der Republik stellen, sonst fallen sie unter das Ausnahmegeetz. Aus der Atmospähre der Lüge und des Wortes müße Deutschland heraus, joll nicht der eine oder andere Teil zugrunde gehen. Hören Sie (zur Rechten) die Stimme der Toten und die Stimmen der Millionen lebenden Arbeiter, Angestellten und Beamten. Diese sind erschlossen, Gut und Blut einzusetzen für die Erhaltung unserer Republik. (Bravo! links.)

Die Forderungen der sozialistischen Parteien werden mit Zweidrittelmehrheit angenommen, die Abänderungsanträge abgelehnt.

Angenommen wurde ein Ergänzungsantrag der Demokraten, wonach der Senat in Zukunft bei Straßennennungen Namen aus der Geschichte der Gegenwart zu berücksichtigen hat. Ein Antrag Amrosius, den Punkt 6 zuerst dem Aesthetenausschuß zur Prüfung zu überweisen, wurde abgelehnt.

Einige Arbeitsgemeinschaften stimmen bei einzelnen Punkten für den sozialdemokratischen Antrag.

Nachdem Ros (Komm.) zur Geschäftsordnung das Wort erbeten und dabei gefordert hatte, mit der Entfernung monarchistischer Erinnerungen im Hause selbst den Anfang zu machen, hoben kein Parteigenosse Rosengart die Büste Wolffes und Ros diejenige Bismarcks vom Sockel und trugen sie zum Saal hinaus. Die Büste Wolffes stürzte zu Boden und wurde beschädigt.

Schluß 9,15 Uhr.

Die Schulangelegenheiten der Städte.

k. Die Schulvereinigung deutscher Städte hielt vom 26. bis 28. Juni in Hamburg ihre Jahreshauptversammlung ab, die sich dem Stand unseres Schulwesens vom Gesichtswinkel der Gemeinden aus beschäftigte. Die Verhandlungen zeigten, in welchem Chaos sich augenblicklich unser Schulwesen befindet. Man Recht wie zur Erklärung dieses Zustandes ein Redner (Schulrat Dr. Anderson-Steglich) darauf hin, daß immer noch große historische politischen Umwälzungen die Schule in eine Krise gerate. So täten wir auch heute nach einer neuen Einstellung. Als Ziel sei „freie Bahn dem Tüchtigen“ aufgestellt worden. Die Tagung war von etwa 100 größeren Städten besetzt, etwa die Hälfte Schulfachmänner und die Hälfte höhere Verwaltungsbeamte, namentlich Bürgermeister. Vom sozialdemokratischen

Der ungeduldige Richter.

Der alte Amtsrichter in Ramendorf liebte einen guten Bißchen und einen guten Trunk nicht minder, und das wußte seine Schwägerin wohl, die Frau des reichen Kaufmanns Berg, deshalb sprach sie eines Morgens zu ihrem neuen Bedienten: „Johann, weißt du, wo der Herr Richter wohnt? Lauf schnell hin, und wenn du ihn nicht mehr zu Hause triffst, so such' ihn in der Sitzung auf und lab' ihn noch rasch für heut' zum Mittagessen bei uns ein, er würde auch noch einen guten Freund finden, weißt du's nun?“

„Wie soll' ich nicht?“ brummte Johann.

„Wie laßt du denn?“

„Er soll auf einen Löffel Suppe kommen, es gäbe Gänsebraten, der diese Schmitz käm auch.“

„Nein!“ rief Frau Berg, trotz ihres Aergers lachend, „sondern so: Eine schöne Empfehlung von Herrn Kommerzienrat Berg und Frau, und sie geben sich die Ehre, Herrn Justizrat zum Mittagessen Punkt ein Uhr einzuladen; der Herr Rentant hätte schon zugesagt.“

„Ach gut!“ murzte Johann und ging. Zur Wohnung. Der Richter war fort. In den überfüllten Sitzungssaal. Der Richter verteidigte und verhörrte eine Menge Leute und war, einen heißen Tag voraussehend, in gereizter Stimmung. Johann drängte sich vor.

„Was fällt dem Kerl ein?“ rief der Richter. „Wartet, bis Ihr an die Reihe kommt!“

„Aber, Herr Unterstützungsrat —“

„Still, sag' ich!“

Johann zuckte die Achseln und harrete in Geduld. Endlich kam er vor und begann: „Ich sollte —“

„Halt!“ rief der Richter, der ihn für einen Zeugen hielt, „erst schwören!“

„Aber, Herr Unterstützungsrat —“

„Still! Erst schwören, sag' ich, hört Er nicht? Das ist ja ein ganz vermischt Kerl! — Legt die linke Hand auf Euer Herz, hebt die Schwurfinger in die Höhe und sprecht mir nach. Wie heißt Ihr?“

„Wie heißt Ihr?“ wiederholte Johann gehorsam.

„Nein!“ brüllte der Richter. „Euren Namen will ich wissen!“

„Wie heißt Ihr?“

„Johann Schaaf.“

„Und mit Recht, mit vollem Recht. Also sprecht mir nach: Ich Johann Schaaf —“

„Ei, Herr Richter, heißt Ihr auch so?“ schmunzelte Johann.

„Da sollt einem doch gleich der letzte Knopf an der Hose der Geduld reißen!“ jammerte der Richter. „Mensch unterbrech mich nicht wieder, sondern sprecht mir sofort nach, verstanden?“

Diesmal gelang's. Der ganz verdukte Bediente gelobte: „Ich Johann Schaaf schwöre bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, die ganze Wahrheit, und nichts als die Wahrheit zu sagen, so wahr mir Gott helfe.“

Der Angeschworene stand dem armen Schelm auf der Stirn, als er fertig war.

„Nun sagt, was Ihr von der Sache wißt!“ befahl der Richter, und zu seinem Erstaunen sprach Johann:

„Eine schöne Empfehlung von Frau Kommerzienrat Berg und ihrem Mann, und der Herr Unterstützungsrat möchte die Ehre haben, heute Mittag einen Löffel Suppe mit ihnen zu essen — der diese Schmitz käme auch!“

Da lachte der Richter, es lachte der Gerichtsschreiber, es lachten Gerichtsdiener und Gendarm, laut und immer lauter lachte das Publikum, und endlich lachte Johann aus Gefälligkeit selber mit. Feierlicher ist wohl nie eine Einladung überliefert worden — dem Richter aber hat's am Mittag doppelt gut gemacht.

Standpunkt aus muß man sagen, daß diese Herrschaften im großen Ganzen nicht fähig sind, jenes Chaos zu entwirren. Im allgemeinen werden recht einflussreiche, hilflose Ansichten laut, bestimmt von veralteten politischen Grundrissen.

Der Mittelpunkt der Beratungen bildete ein Referat des Universitätsprofessors Dr. Ziehen-Frankfurt a. M. über die Maßnahmen, die für die Weiterentwicklung des Schulwesens unter den gegenwärtigen Verhältnissen notwendig und durchführbar sind. Das Referat war eine geistreiche und professorale Leistung, in manchen Fragen aber nicht schulfortschrittlich. So bemängelte Ziehen, daß die Volksschule „politisiert“ werde, z. B. durch Einführung „staatswissenschaftlichen“ Unterrichts, womit er die Staatsbürgerkunde meinte. Man schaffe jetzt wunderliche Sachen, wie die kollegiale Schulleitung. Von Entwurf des Reichsschulgesetzes will der Redner in den Danks danken haben. Es fehle an staatswissenschaftlichen Vorkursen. Der „Schulstreik“ sei verwerflich und strafbar. Die Grundschule bringe höhere Schulfächer, da sie die Schulzeit für mittlere und höhere Schulen um ein Jahr verlängere.

Der Ministerpräsident Dr. Brüning sagte, es sei ein „Angriff“ für das deutsche Volk, daß die Schule auf die „Ausbildung des Gemeinschaftsgeistes“ eingestellt sei. Viele der Lehrkräfte seien auch gar nicht in der Lage, den veränderten Anforderungen gerecht zu werden.

Die Debatte drehte sich auch um die Frage, inwieweit die Stadtverwaltungen an den Aufwendungen für die Volksschulen sparen dürfen. Während die Schulmänner meinten, hier seien Beschränkungen der Mittelbewilligungen unangebracht, sagten die Verwaltungsbeamten, wenn überall Abstriche gemacht werden, müssen sich die Volksschulen auch welche gefallen lassen. Wie sollten sonst die Städte ihre Pflichten erfüllen?

Über das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden auf dem Gebiete des Schulwesens sprachen Oberbürgermeister Dr. Schrammberger-Mm und Senator Dr. Wespj-Hannover. Die Schulfrage müsse Sache des Reiches sein. Das diene der Vereinheitlichung. In dem Maße, in dem den Ländern die Kompetenzen genommen werden, suchen sie ihre Machtbefugnisse gegenüber den Gemeinden zu erweitern. Das Reich müsse die Rechte der Gemeinden festlegen. Die Länder dürften sich dann nur in diesem Rahmen bewegen. Dr. Wespj fordert die Übertragung des gesamten städtischen Schulwesens in

die Gemeindefelbstverwaltung. Vom Staat ist eine die Einheit sichernde Aufsicht zu üben, die indessen nicht zur Verwaltung werden darf. Entweder ist den Gemeinden wieder die finanzielle Möglichkeit zu geben, aus eigenen Mitteln die Kosten für ihr Schulwesen aufzubringen oder der Staat hat die gesamten Kosten zu tragen. Das Schulrecht ist umfassend gesetzlich zu regeln. Das städtische Schulrecht ist in der neuen Städteordnung gesetzlich festzulegen.

Es wurden acht Thesen angenommen. Danach sind die Versuche der akademischen Ausbildung der Lehrer zu fördern. Das Bestreben, die Grundschulen durch Privatschulen usw. zu einträglichen, muß verhindert werden. Zu dem Zwecke ist auch das Grundschulgesetz zu verschärfen. Unerlässlich sind einheitliche Vorschriften für den Übergang von der Grundschule zur Mittelschule und höheren Schule. Die Erlangung der mittleren Reife (Einjährigengeldnis) müsse auch durch den Besuch der Volksschule (Anbau eines 9. Schuljahres), durch Berufsschulen und durch sonstigen Nachweis von Befähigung, die nicht durch Schulbesuch erworben, möglich sein. Eine etwaige Verlängerung der Gesamt-schulzeit in den mittleren und höheren Schulen durch die Einführung der Grundschulen müsse abgelehnt werden. Die Verträge mit den deutschen Oberschulen seien fortzusetzen. Angesichts unserer wirtschaftlichen Lage sei die Förderung der Berufsschulen notwendig. Auch in den allgemein bildenden Schulen sei auf die Berufswerte mehr Bedeutung zu legen. Das Reich müsse das ihm durch die Reichsverfassung gewährleistete Recht der gesetzgeberischen Regelung des Schulwesens erschöpfend handhaben. Weiter wurden noch Richtlinien für einen neuen Lehrplan der Volksschule aufgestellt.

Der Tagung wohnten auch einige sozialdemokratische Schulräte und Bürgermeister bei, doch konnten sie gegenüber der Übermacht der bürgerlichen Vertreter an dem Gang der Dinge nichts ändern.

Neue Bücher.

Eoeben ist im Verlag von J. H. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart und Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen: Die proletarische Revolution und ihr Programm von Karl Kautsky. (Internationale Bibliothek, Band 64.) Preis

100 Mark. Den Anlaß zu dem vorliegenden Buche gab der Wunsch des Verfassers, die Vereinigung der zwei sozialdemokratischen Parteien Deutschlands zu fördern durch die Abfassung eines Programms, das von beiden anerkannt werden könnte. Doch galt sie nicht allein dem Zweck der Einigung. Sie wollte auch das Fazit ziehen der Erfahrungen, die wir in den fünf Jahren Revolution seit der russischen von 1917 gewonnen haben. Das Buch zerfällt in zwei Teile, einem kurzen, einleitenden, der untersucht, was an dem Erfurter Programm heute noch gültig und wichtig, was an ihm überholt und zu ändern ist. Der zweite, weit umfangreichere Teil, zeigt den Unterschied zwischen der bürgerlichen und proletarischen Revolution, ihren Bedingungen und ihren Formen, und untersucht die Aufgaben, die Mittel, die Methoden der proletarischen Revolution sowohl bei der Bildung des Staates wie bei dem Aufbau der neuen Produktionsweise, also bei der Sozialisierung. Raum eine der zahlreichen theoretischen Streitfragen, die uns heute beschäftigen, bleibt dabei unberührt. Manche Ausführungen des Verfassers werden lebhaftem Widerspruch begegnen, namentlich in Kreisen, die den Wesensunterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution noch nicht erfasst haben. Aber schon die Größe der Probleme, die das Buch behandelt, wird bewirken, daß es nicht unbeachtet bleibt.

Alexander Dumas, Romane. Einzig vollständige und ungekürzte deutsche Ausgabe in glänzender Uebersetzung, vornehm in Halbheften gebunden. Lieferbar 3. 31. 17 Bände. Preis eines jeden Bandes etwa 78. Mk. (Dieck & Co., Verlag, Stuttgart, Pfisterstraße 5.) Zu den verbreitetsten Romanen der Weltliteratur gehören die äußerst spannend geschriebenen Werke von Alexander Dumas. Den Grafen von Monte Christo z. B. muß man einfach gelesen haben, wenn man sich nicht selbst um einen reizvollen Genuß bringen will. Grandios Heimats- und Weltverlag, Dieck & Co. in Stuttgart, der die Dumas-Romane in der besten deutschen Bearbeitung und in ungekürzter Fassung, dabei in glänzender Ausstattung herausbringt, zeigt von diesem Roman bereits das 200. Tausend an. Alle 3. 31. von diesem Verlag lieferbaren 17 Bände sind einheitlich in Format und Ausstattung und eignen sich dadurch ganz besonders zur vollständigen Anschaffung für jede Bibliothek.

Johannes Rebien
verm. Kock,
geb. Oidenburg,
Bermühle.
1. Juli 1922.

Für erwiesene Aufmerksamkeit danken herzlichst D. D. (4049)

Mia Schwarz
Hanni Gellenfin
Verlobte. (4062)
Lübeck, im Juli 1922.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zu uns. Hochzeitstagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie der Gastend. Wieder-tafel unser herzl. Dank.
Hahn. Freese u. Frau.
Stöckelndorf, Ahrens-böcker Straße 74. (4077)

Für die innige Teilnahme beim Heimgang meines guten Mannes-lage hiermit herzlichsten Dank.
Frau Siskert u. Kinder.

S. P. D.
Am 29. Juni nach unser Genosse, der Strazgenreimer
Ludwig Reper.
Ehre feinem Andenken!
Die Beerdigung hat heute Mittwochs stattgefunden. (4064)
Der Vorstand.

Nach schwerem Leiden starb in seinem 61. Lebensjahr mein lieber Vater, unser lieber Vater, Schwieger- und Stiefvater
Johann Fick
bestattet von den Seinen. (4048)
Marie Fick
geb. Stenbagen
Jobs Faasch
Anna Faasch
geb. Fick
und Sohn.
Lübeck, Rosenstr. 14
Beerdigung Frei-tag 7. Juli, 9 1/2 Uhr auf dem Burgtor-Friedhof.

Am 3. Juli nach nach kurzen, häßlichen Leiden und liebe Mutter, Schwieger- und Stiefvater und Zante
Thobias Wenzler
geb. Behrcke
im Alter von 64 Jahren, tief betrauert von den Hinterbliebenen.
Lübeck,
Margaretenstr. 12.
Beerdigung am Freitag nach 9 Uhr, Vorm. 10 1/2

Wohnungs-genossenschaften
gegen
Wohnungsnot.
Von Wilh. Engler Dr. h. c.
Str. 2.-
Lübeck, J. Meyer & Co.
Johannesstr. 45.

Krähl. Sanftmutter gesucht.
4055) Busch, Mengstr. 80.
Junges kinderl. Tages-mädchen sofort gesucht. Meldungen nach 5 Uhr. 4068) Schützenstr. 29 pr.

Weihnäherin i. Beschäft.
außer und im Hause. Zu melden ab. nach 7 Uhr. 4069) Richte Duertstr. 13.

Brautpaar i. l. od. einf.
möbl. Zimmer zu mieten. Holstent. Nord. Angeb. u. A 255 a. d. Exp. (4080)

Freundl. möbl. Zimmer
mit 2 Betten zu sofort gesucht. Ang. unt. A 257 an die Exped. (4084)

Weiß. Backschleib zu verk.
Anmimmstr. 38. (4078)

Sportwagen (Strennabor) zu verkaufen. 4076) Friesstr. 15, l.

Bromenabewagen gel.
Ang. u. A 254 a. d. G. (4074)

Zu verk. e. Beddighrohr-
Kinderwagen a. Nickel u. G. Ang. u. A 253 a. d. G. (4072)

Guterh. Kinderwagen gel.
Ang. u. A 256 a. d. G. (4091)

1 Zugänger zu verk. 4091) St. Vogelstang 1b.

Kartoffeln
empfehl. (4076)
Neimr. Busch
Krähenstraße 27.

Gutkochende
Speise-Kartoffeln
empfehl.
zu billigen Preisen.
Bei größeren Abnahmen billiger. (4081)

WilhelmSütke
Schwarz Allee 46 a.
Ferienstraße 8822

Zurückgekehrt!
Bruno Baumgart
Danzig. (4073)

Schuh-Reparaturen
bester billiger (4082)
Job. Bewarder,
Schönbockenerstraße 12.

Wohnungs-genossenschaften
gegen
Wohnungsnot.
Von Wilh. Engler Dr. h. c.
Str. 2.-
Lübeck, J. Meyer & Co.
Johannesstr. 45.

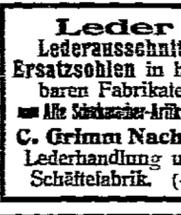
Wohnungs-genossenschaften
gegen
Wohnungsnot.
Von Wilh. Engler Dr. h. c.
Str. 2.-
Lübeck, J. Meyer & Co.
Johannesstr. 45.

Wohnungsuchende!
In der Nähe des Schlachthofes sollen mehrere 3-4-Zimmer-Wohnungen mit Zubehör gebaut werden. Interessenten wollen sich melden bei
Architekt E. Scharnweber,
Königsstr. 81. (4086) Telefon 3424.

Gewerbe-gesellschaft.
Freitag, den 7. Juli,
vor mittags 10 Uhr,
Beschäftigung des Flebberwerks
in Siems. (4081)
Straßenbahn ab Geibelplatz 9 Uhr 27 Minuten.
Rückfahrt ab Siems 12 Uhr 15 Minuten.
Nur für Mitglieder!



Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Lederarbeiten
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung und
Schäftelabrik. (4054)



+Magerteit+
Schöne volle Körperformen durch unser
„Lepo“ Injektiva
in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreiben. Preis Karton mit Geb.-Anm. 20.25.—, Porto extra.

Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 10. (4066)

Beste Preise
für
Gold, Silber, Platin, Double
(Strich und Gegenstände)
Brillanten
schl. (4071)
Goldschmied
Carl Michaelson,
Kühlstr. 3
(am Klingenberg).

Beste Preise
für
Gold, Silber, Platin, Double
(Strich und Gegenstände)
Brillanten
schl. (4071)
Goldschmied
Carl Michaelson,
Kühlstr. 3
(am Klingenberg).

Zahn-Praxis
W. Rylewsky
Breite Str. 7,
Telephon 1253.
Laboratorium hässlicher zahntechn. Arbeiten, Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur u. Auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fertigbe-handelt. (4057)

Möbel
Polsterwaaren,
Spiegel, (4083)
Herren-Kränze,
Teilschl. gehalten.
Korn, Nollmann, 171.

Beste Preise
für
Gold, Silber, Platin, Double
(Strich und Gegenstände)
Brillanten
schl. (4071)
Goldschmied
Carl Michaelson,
Kühlstr. 3
(am Klingenberg).

SOMMER-AUSVERKAUF

Auf sämtliche nicht herabgesetzten Artikel
extra 5% Rabatt
welcher auf dem Kassenzettel abgerechnet wird
bis einschließlich 15. Juli

Infoige der verhältnismäßig billigen Preise ist dieser Räumungsverkauf eine allergünstigste Kaufgelegenheit, er umfaßt folgende Artikel:
Kleider u. Blusen in Wolle, Waschstoffen jeder Art u. Seide, Damen- u. Herren-Wäsche, Strümpfe u. Socken, Mütze, Krawatten, Unterwäsche, Damen- und Herren-Schirme.

Dargel-Blic,

Int.: G. Dargel
Holstenstraße 16.

Bitte anschreiben u. mitzubringen.
!! Nur der Preis der Konkurrenz !!
möcht mich so leistungsfähig, folgende Preise bis Sonnabend zu zahlen:
Für Hausstandslump. per Kilo 4.-, 6.-, 10.-
- Raschen 2.50
- Schwer Papier 4.-, 4.50
- Eisen 2.30, 3.-, 3.50
- Kupfer 65.-, 67.-, 70.-
- Messing 33.50, 35.-, 38.-
- Blei und Zint 17.-, 18.-, 19.-
- Stahl, Schweiß-Pferdehaare 200.-, 220.-
- Krollhaare 20.-

Bekanntmachung!
Infolge eintretender Lohnerhöhungen am 7. Juli und abermaligen Erhöhungen am 28. Juli sehen wir uns genötigt, die Preise entsprechend zu erhöhen.
Schuhmacher-Zwangs-Jungung.
Unsere Mitgliedern zur Nachricht, daß neue Mitglieder erst am 28. Juli eintreten. (4087)

Alt-Eisen, alte Maschinen
Dampfkess., i. Art
Dampf- u. Schmiedeeisen,
Späne, Schmelz-
Gießbrunnen,
Alt-Metalle,
Kupfer,
Messing, Zint,
Blei, Stahlniol,
Späne
Felle,
Tierhaare, Papier usw. kaufte laufend ab jed. Ort jeden Kosten. — Beste Abgabestelle für Händler, Klempner, Schmiede, Fabrikationsbetriebe.

Der Höhe
???